

23 Archäologie

中国报导

万兴PDF



CHINA-REPORT

Nummer 13/14 1973

中国报导

CHINA-REPORT

INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 5 Uwe G. Fabritzek, München
POLITIK „ZWISCHEN“ DEN SUPERMÄCHTEN?
 Europäische China- und chinesische Europapolitik
- Seite 21 Prof. Vivian Pick, Wien
WIEDERSEHEN MIT MEINEM GEBURTSLAND CHINA
- Seite 23 Direktor Prof. Wilhelm Mrazek, Wien
ARCHÄOLOGISCHE FUNDE AUS DER VOLKSREPUBLIK CHINA –
 zur Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst
- Seite 24 Ernst Dieter Schmickler, Bonn
CHINAS „LANGER MARSCH“ IM WELTSPORT HAT BEGONNEN
- Seite 27 Helmut Opletal, Peking
BRIEFE AUS PEKING – DAS NEUE FREMDSPRACHENINSTITUT
- Seite 29 Chang Hua, Peking
REFORM DER CHINESISCHEN SCHRIFTSPRACHE
- Seite 31 Hua Hsin, Peking
CHINA ENTWICKELT POST- UND FERNMELDEWESEN
- Seite 32 Lung Wei-min, Peking
CHINAS ERFOLGE BEI DER BEKÄMPFUNG VON BERUFSSKRANKHEITEN
- Seite 33 Chou Jui, Peking
CHINA VERBESSERT DEN UMWELTSCHUTZ, WÄHREND ES INDUSTRIEN AUFBAUT
- Seite 35 **CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN**
 Fakten und Daten

ÖSTERREICHISCHES CHINA-FORSCHUNGSINSTITUT
Tuchlauben 8/1, 1010 Wien, Tel.: 63 04 76

EHRENPRÄSIDENT:

Dr. Alfred MALETA
 Zweiter Präsident des Nationalrates
 Präsident der Politischen Akademie

VORSTAND:

Vorsitzender:
 DDr. Bruno PITTERMANN
 Vizekanzler a. D.
 Präsident der Sozialistischen Internationale

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Franz MADL
 Geschäftsführender Vorsitzender des Instituts für Übersee
 der Österreichischen Jungarbeiterbewegung

Generalsekretär:

(wissenschaftlicher Leiter)

Dr. Gerd KAMINSKI
 Lehrbeauftragter an der Universität Wien

VORSTANDSMITGLIEDER:

Karl BLECHA
 Abgeordneter zum Nationalrat, Vorsitzender der Jungen
 Generation in der SPÖ, Direktor des Instituts für empirische
 Sozialforschung

Helmuth BRAUN
 Landtagsabgeordneter, Zentralsekretär der Gewerkschaft
 der Privatangestellten, Vorstandsvorsitzender des Österrei-
 chischen Jugendrates für Entwicklungshilfe

Dr. Peter FITZ
 Asienreferent der handelspolitischen Abteilung der Österrei-
 chischen Bundeswirtschaftskammer

DDr. Franz J. HASLINGER
 Generalkonsul von Costa Rica
 Vorsitzender des China-Ausschusses der Österreichischen
 Industriellenvereinigung

Johann HATZL
 Landtagsabgeordneter
 Verbandsobmann der Sozialistischen Jugend Österreichs

Magister Josef HÖCHTL
 Bundesobmann der Jungen ÖVP

Dr. Franz KARASEK
 ao. Gesandter und bev. Minister
 Abgeordneter zum Nationalrat
 außenpolitischer Sprecher der ÖVP

DDr. Fritz KÖNIG
 Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Eduard MAYER
 Bank- und Industriekonsulent
 Vizepräsident der Politischen Akademie

Professor Vivien PICK
 Lektorin für die chinesische Sprache an der Universität
 Wien, der Diplomatischen Akademie und der Ostakademie

Peter SCHIEDER
 Amtsführender Stadtrat, Mitglied der Wiener Landesregie-
 rung

KURATORIUM:

Vizepräsident:

Dr. Bruno BUCHWIESER
 Präsident der Österreichischen Jungarbeiterbewegung

Kuratoriumsmitglieder:

Dr. Dietmar BACHMANN
 Landtagsabgeordneter, Tirol

Josef KLEMEN
 Stellv. Generalsekretär des ÖAAB

Adalbert R. KOPEJTKO
 Leiter der Zweigstelle des ÖCF in Innsbruck

Dr. Herbert SALCHER
 Landeshauptmann-Stellvertreter, Tirol

Red. Harry SICHROVSKY
 ORF

Dipl.-Volkswirt Herbert TIEBER
 Landesparteisekretär der SPÖ, Tirol

Univ.-Prof. Dr. h. c. mult. Alfred VERDROSS

Dr. Walter WAIZER
 Direktor, Tyrolit-Schleifmittelwerke

Univ.-Prof. Dr. Karl ZEMANEK

RECHNUNGSPRÜFER:

Karl KAISER
 (ÖJB-Junge Generation in der ÖVP)

Klaus SAMLICKI
 (Österr. Bundesjugendring)

Uwe G. Fabritzek, München

POLITIK „ZWISCHEN“ DEN SUPERMÄCHTEN?

Europäische China- und chinesische Europapolitik seit 1949*)

I. Die historische Perspektive

Die Beziehungen zwischen China und Europa haben eine lange Geschichte, die bis weit in die Zeit vor den großen Entdeckungsreisen der europäischen Seefahrer zurückreicht. Zwar waren die ersten Berichte über die Existenz eines Landes, das später als China bekannt wurde, nur mittelbar, doch sollte sich dies als ein Umstand erweisen, der einerseits die Beziehungen zu diesem Lande begrenzte, andererseits aber den Reiz und das Interesse daran in einem erheblichen Maße förderte. Der erste Bericht über das Wissen von China unter den westlichen Völkern stammt vom griechischen Geographen Ptolemäus aus dem Jahre 150 n. Chr.¹⁾ Bereits vor dieser Zeit hatten Berichte über die Existenz der Heimat des Konfuzius und der Seide Persien erreicht, wobei freilich verschiedene Bezeichnungen dafür geprägt wurden: Nannte es Ptolemäus „Serize“, seine Hauptstadt „Sera“, so findet sich außerdem die Bezeichnung „Thina“ oder „Tina“ sowie „Sina“²⁾. Von jeher waren es aber die reichen Naturschätze und die handwerklichen Erzeugnisse Chinas (wie auch Indiens, das mit China oft verwechselt wurde) gewesen, die Kaufleute und Abenteurer aus Europa veranlaßten, den relativ unsicheren Weg in weithin unbekannte Welten zu wagen.

Genau dies war auch die Motivation für die Reise Marco Polos, der mit seinem Vater Nicolo und dessen Bruder Maffäo in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts von Venedig aus Zentral-, Ost- und Südostasien bereiste. Sie hatten dabei durchaus positive Erfahrungen zu berichten, wurden in China von Kubilai-Khan freundlich aufgenommen und lebten insgesamt über zwanzig Jahre im Fernen Osten, wobei Marco Polo für mehr als drei Jahre als Präfekt von Yangchau amtierte³⁾. 1295 kehrten sie über Persien auf dem Landwege reich begütert und mit erstaunlichen Erkenntnissen zurück. Der Reisebericht von Marco Polo, der in viele europäische Sprachen übersetzt wurde, trug wesentlichen Anteil an der damaligen Kenntnis über Asien in Europa und erhöhte gleichzeitig den Reiz Chinas.

Händler und Kaufleute waren es auch, die entscheidenden Anteil am Ausbau der Kontakte zwischen Europa und China trugen. Im Jahre 1516 segelte das erste Schiff unter der Flagge eines europäischen Landes mit dem Portugiesen Raphael Perestrello nach China. Portugal war auch das erste Land, das offizielle Handelsbezie-

hungen mit China aufnahm: 1537 wurde den portugiesischen Kaufleuten sogar die Errichtung einer Niederlassung in der Nähe der Stadt Kanton auf dem Gebiet des heutigen Macao erlaubt — ein für die damalige Politik Chinas gegenüber dem Ausland außergewöhnliches Entgegenkommen⁴⁾. Im Gefolge Portugals bemühte sich auch Spanien um offizielle Beziehungen, nachdem unter Admiral Legasp 1543 die Philippinen erobert worden waren, während Holland nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien (1581) erste Kontakte mit China knüpfte, die allerdings glücklos verliefen⁵⁾.

Neben den Kaufleuten und Händlern kam den christlichen Missionaren eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Wissen über China in Europa und umgekehrt zu. Die Anfänge dieser Kontakte lassen sich bis in das 13. Jahrhundert zurückführen und im Jahre 1304 betrat der Priester Arnold als Gehilfe des in Peking lebenden Franziskaners Johannes de Monte Corvion als erster deutschsprachiger Missionar chinesisches Boden⁶⁾. Die eigentliche Missionierung Chinas setzte aber erst wesentlich später, im beginnenden 16. Jahrhundert ein, als vor allem Jesuiten in China tätig wurden. Einer von ihnen, Adam Schall von Bell (1591—1666), kam als Mathematiker und Astronom zu hohen Ehren. Er erarbeitete ein neues Kalendersystem nach europäischem Vorbild, das vom ersten Kaiser der Mandschu-Dynastie, Shun-Chi, übernommen wurde. Unter Schalls Leitung wurde auch das Kaiserliche Observatorium erbaut und seinen Bemühungen ist es zuzuschreiben, daß zahlreiche Missionare (vor allem Jesuiten) in China arbeiten durften und beträchtliche Erfolge erzielen konnten⁷⁾.

Für die Entwicklung der Kontakte zwischen China und Europa waren jedoch weniger der chronologische Ablauf der Ereignisse — oder die durchaus hervorragenden Leistungen einzelner — entscheidend, es war vielmehr das jeweilige China-Bild Europas, das die Haltung der Europäer gegenüber China maßgeblich prägte. Im Sinne einer Übermittlung eines realistischen Bildes von China erwies es sich dabei durchaus nicht unbedingt als Vorteil, daß China (wie der Ferne Osten überhaupt) für den einzelnen nahezu unerreichbar war: Es fehlte damit eine wichtige Kontrollinstanz, um die vermittelten Vorstellungen mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die Berichte der Kaufleute, denen praktisch das Privileg der Übermittlung eines Chinabildes zukam, waren denn auch primär von dem Ungewöhnlichen geprägt, das China von Europa der damaligen Zeit unterschied, wobei Übertreibungen häufig hinzukamen. Allein die Berichte von Marco Polo über Städte mit mehreren Millionen Einwohnern, großartige Paläste, unermeßliche Schätze und einen allmächtigen weisen Herrscher klangen für die

Zeitgenossen märchenhaft und trugen ein gut Teil dazu bei, die Phantasie anzuregen und entsprachen im wesentlichen doch den Tatsachen⁹). Hinzu kam die Entdeckung der chinesischen Geisteswelt für Europa, wobei dem italienischen Jesuiten Matteo Ricci (1552–1610) eine entscheidende Bedeutung zukam. Entsprechend dem großen Anteil der französischen Jesuiten an der China-Mission, fielen ihre Berichte besonders in Frankreich auf fruchtbaren Boden, wobei an dieser Stelle lediglich der Einfluß Chinas auf Pierre Bayle (1647–1706), Malebranche (1638–1715), Montesquieu (1689–1755) und Voltaire (1694–1778) erwähnt werden soll¹⁰). Bei den Berichten der Jesuiten ist jedoch zu berücksichtigen, daß China zwar während des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts einen kulturellen wie politischen Höhepunkt erlebte, das von den Jesuiten vermittelte Bild jedoch stark idealistisch überzeichnet war. Der Grund dafür war, daß die Jesuiten versuchten, sich in dem beginnenden Ritenstreit eine bessere Position zu verschaffen, weshalb sie eine möglichst ideale Vorstellung von China vermittelten. Die aus China stammenden Berichte der Missionare wurden dazu eigens vor ihrer Veröffentlichung in Paris sorgfältig redigiert und korrigiert¹⁰).

Eine grundsätzliche Änderung des europäischen Chinabildes sollte sich doch relativ bald, im beginnenden 19. Jahrhundert ergeben. Die Gründe dafür liegen in verschiedenen Bereichen: Die Aufgeschlossenheit des Abendlandes gegenüber China während des Rokoko war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einer ausschließlich auf Europa konzentrierten Einstellung gewichen, was eine erhebliche Minderung des Interesses für die außerhalb der abendländischen Kultur liegende Welt implizierte. Hinzu kam die Wiederentdeckung der griechisch-römischen Antike im europäischen Geistesleben, die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik, die koloniale Expansion mit Hilfe überlegener technischer und militärischer Mittel und ein auf Macht und Gewinn orientiertes Denken, das allmählich das philosophische Interesse an China verdrängte. Dies führte letztlich dazu, daß immer weniger Anlaß genommen wurde, sich ernsthaft mit China zu beschäftigen, dieses Land statt dessen Gegenstand oft grotesker Verzerrungen und Lächerlichkeiten wurde.

Die Entwicklung, die sich auf dieser Grundlage im auslaufenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ergab, ist bekannt: Wegen des hoffnungslosen technisch-industriellen Rückstands konnte sich China den imperialen Ambitionen der europäischen Seemächte immer weniger erwehren, hinzu kam eine von dieser äußeren Entwicklung stark beeinflusste innere Unruhe, gefördert von sozial-radikalen Ideologien, an denen schließlich das jahrtausendealte Gefüge des chinesischen Staatssystems zerbrach. Der

Erste und später auch der Zweite Weltkrieg lenkten den Schwerpunkt der Weltpolitik jedoch auf andere Bereiche und Erdteile, wobei man China weitgehend sich selbst und seinen Schwierigkeiten im Innern wie im Äußern überließ und sich allein das Unverständnis gegenüber den Vorgängen in China als permanente (negative) Konstante in den Beziehungen zwischen China und Europa erwies¹¹). Zwar war durch den Krieg zwischen Japan und Rußland von 1904/05 Asien de facto in die Weltpolitik eingetreten, doch war dies von der dominierenden Rolle Japans bestimmt. Stand China am Ende des Ersten Weltkrieges im Lager der „betrogenen“ Sieger, da die deutschen Besitzungen an Japan übergingen, obgleich Peking am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hatte, so veränderten der Angriff Japans 1937 und die Entwicklung in Europa im Rahmen des Zweiten Weltkrieges die Situation von neuem, da das Interesse an China und seinem Geschick in dieser Zeit weiter zurückging. Die innerchinesischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten unter Mao Tse-tung und Nationalisten unter Chiang Kai-shek bis zum Siege Mao Tse-tungs und der Proklamation einer Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 sollten dann die Voraussetzung für die Entwicklung eines Verhältnisses auf grundsätzlich neuer Grundlage zwischen Europa und China schaffen.

II. Die Volksrepublik China und Europa

Die Proklamation der Volksrepublik China im Oktober des Jahres 1949 stellte in gewisser Hinsicht einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses in jenen Jahren dar: Da der Sieg der chinesischen Kommunisten zu einem Zeitpunkt erfolgte, als der „Kalte Krieg“ zwischen der Sowjetunion und den USA die Allianz des Zweiten Krieges sichtbar beendete, erschien in den Augen der westlichen Welt das von der Sowjetunion beherrschte Lager nunmehr um einen beträchtlichen Teil gefährlicher, weil stärker und menschenreicher. Allerdings war die Politik der USA der Nichtanerkennung gegenüber dem neuen chinesischen Staat nicht allein von diesen Überlegungen bestimmt – sie gründete sich vielmehr auf die Entwicklung Chinas und seine außenpolitischen Aktivitäten in den ersten Jahren seines Bestehens. Das entscheidende Ereignis zur Verhängung des sogenannten China-Embargos war der Ausbruch des Koreakrieges im Juli 1950, in dessen Verlauf die Volksrepublik China eine wichtige Rolle spielte. Im gleichen Maße stärkte die Niederlage Frankreichs in Indochina im Mai 1954 und die Unterstützung, die China den vietnamesischen Kommunisten gewährt hatte, sowie die Quemoy-Krise des Jahres 1954/55 die Überzeugung, daß es sich hier um die ersten aggressiven Schritte eines kommunistischen Vor-

marsches in Asien handelte, die vom kommunistischen Block — also der Sowjetunion und China — ausgingen.

Die amerikanische Chinapolitik ist in diesem Zusammenhang vor allem deshalb von Bedeutung, als die USA von ihren Bündnispartnern in Westeuropa die gleiche Chinapolitik verlangten, wie sie Washington praktizierte und dabei auch nicht vor konkretem Druck auf die einzelnen Staaten zurückscheuten¹²⁾. Zwar nahmen noch 1950 Dänemark, Finnland, Schweden und die Schweiz diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf, denen 1954 Großbritannien und die Niederlande nachfolgten, doch entwickelte sich daraus keine Annäherung zwischen China und Westeuropa, was eben auf den amerikanischen Einfluß zurückzuführen war. Im Gegensatz dazu hatten alle sozialistischen Staaten das China Mao Tse-tungs unmittelbar nach der Proklamation anerkannt, lediglich Jugoslawien folgte erst 1955 nach. Damit war praktisch von Anfang an eine klare Trennung der Beziehungen Chinas zwischen Ost- und Westeuropa gegeben, die sich im wesentlichen, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, bis heute erhalten hat. Das Hauptaugenmerk der folgenden Ausführungen liegt dabei auf Chinas Verhältnis zu den Staaten Westeuropas, doch sollen die entscheidenden Veränderungen im Verhältnis Chinas zu Osteuropa an gegebener Stelle ebenfalls aufgezeigt werden. War die europäische Chinapolitik in den ersten Jahren nach 1949 vor allem von den USA bestimmt worden und daher im Zusammenhang mit dem Versuch den sowjetischen Einflußbereich im Rahmen des „Kalten Krieges“ zu begrenzen, zu sehen, so war der zweite entscheidende Faktor für die Entwicklung der Beziehungen Chinas zu Europa die Haltung, die China selbst den westeuropäischen Staaten gegenüber an den Tag legte: China demonstrierte ein sichtliches Desinteresse an Westeuropa, was zu einem durch die Notwendigkeit des Aufbaus im Innern, zum anderen durch die guten Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten begründet war. Diese Situation änderte sich jedoch relativ bald grundsätzlich und ist seit Ende der fünfziger Jahre durch den Konflikt zwischen China mit der Sowjetunion bestimmt, wobei der Aufbau handelspolitischer Kontakte zwischen China und Westeuropa nur eine Auswirkung dieser Konstellation im sino-sowjetischen Bereich ist.

Aus diesen beiden Faktoren — der Chinapolitik der USA und dem Konflikt Moskau-Peking — die das Verhältnis zwischen China und Europa bestimmend beeinflussten, wird deutlich, daß die gegenseitigen Beziehungen nicht so sehr als europäische bzw. chinesische Angelegenheit betrachtet werden können, sondern daß der Ablauf der Beziehungen zwischen Europa und Chi-

na jeweils im Rahmen des Verhältnisses zwischen China und der Sowjetunion auf der einen Seite und der Chinapolitik der USA auf der anderen Seite gesehen werden muß. Daraus folgt, daß der Ablauf des Verhältnisses zwischen Europa und China jeweils unter Einbeziehung der Chinapolitik Washingtons wie der Moskauer betrachtet werden muß, wobei der außenpolitischen Interessenlage Pekings die entscheidende Bedeutung schlechthin zukommt.

Die außenpolitische Interessenlage Chinas

Aus der Entwicklung Chinas seit 1949 lassen sich zwei bestimmende Faktoren erkennen, die entscheidend den innen- wie außenpolitischen Bereich beeinflussen haben. Dies ist einmal das Verhältnis Chinas zur Sowjetunion, das von dem eines engen Bündnisses in mehreren Phasen zu einer unversöhnlichen Feindschaft wurde und praktisch jeden Bereich der chinesischen Politik wesentlich beeinflusste. Auf der anderen Seite besteht eine starke Interdependenz zwischen der Innen- und Außenpolitik Chinas. Beispiele hierfür sind die Quemoy-Krisen 1954/55 und 1958, der „Große Sprung nach vorn“ von 1958—1960 sowie die „Große Proletarische Kulturrevolution“ von 1966—1968. Dabei erwiesen sich stets die innenpolitischen Ereignisse als vorrangig gegenüber der Außenpolitik. Daneben lassen sich, ebenfalls auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung, gewisse außenpolitische Prioritäten Chinas erkennen, die wie folgt zusammengefaßt werden können¹³⁾:

- Die Bewahrung der Unabhängigkeit nach allen Seiten, vor allem gegenüber den USA und der UdSSR, die als unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg eines eigenen maoistischen Entwicklungsweges angesehen wird.
- Die Bewahrung der territorialen Integrität des Landes, wozu nicht nur die Verteidigung der Grenzen, sondern auch die Wiedereingliederung Taiwans gehört.
- Die Bewahrung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit unter Wahrnehmung der Chancen des wirtschaftlichen Ausbaus. Die Ablehnung von Krediten und einer Beteiligung ausländischer Firmen in China resultiert daraus.
- Die Erhaltung der Handlungsfreiheit in der Rüstungspolitik, die den Aufbau einer eigenen atomaren Rüstung bedingt und die Ablehnung internationaler Abkommen über Atomteststop oder Rüstungsbegrenzungen impliziert.

Schließlich kommt dem Verhältnis Chinas zur Sowjetunion bei alledem eine entscheidende Dimension zu. Das gilt sowohl für das relativ gute Verhältnis in den ersten Jahren als auch für die Zeit nach dem Ausbruch des offenen

Konfliktes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Differenzen zwischen Moskau und Peking nicht den Inhalt, wohl aber die Richtung der außenpolitischen Prioritäten Chinas maßgeblich beeinflussen. Daher sind seit Ausbruch des Konfliktes zu den erwähnten Punkten zwei weitere anzuführen, die praktisch permanent eine wichtige Rolle spielen: Dies ist zum einen die angestrebte Ablösung des durch (nach Ansicht Pekings) die USA und die UdSSR gegebenen Bilateralismus zugunsten eines multipolaren, also auch von China beeinflussbaren Verhältnisses in der internationalen Politik, sowie zum anderen die Minderung bzw. der Versuch der Ausschaltung des Einflusses Moskaus in der kommunistischen Welt wie bei den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Da sich die vorgenannten Punkte als bestimmend für die gesamte Außenpolitik der Volksrepublik China erwiesen haben, muß eine Betrachtung auch von Teilbereichen unter Berücksichtigung dieser Faktoren und Bedingungen erfolgen. Dies gilt auch für den Gegenstand dieser Untersuchung – die Politik der Volksrepublik China gegenüber Europa, die im Rahmen der ihr zugrunde liegenden Entwicklung Chinas dargestellt werden soll.

III. Die Entwicklung der Europapolitik Chinas

Aus der Retrospektive betrachtet lassen sich die Beziehungen zwischen China und Europa seit 1949 in insgesamt vier Phasen unterteilen, die sich jeweils mit der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Peking und Moskau und der politischen Entwicklung Chinas in eine gewisse Übereinstimmung bringen lassen. Aufgrund der oben aufgezeigten unterschiedlichen Konzeption Chinas gegenüber Osteuropa und Westeuropa soll im folgenden versucht werden, den Fortgang der Beziehungen zu beiden Teilen Europas im Rahmen der jeweiligen Phase und der ihr zugrundeliegenden außenpolitischen Interessen Chinas zu skizzieren:

Die **erste Phase** kann für die Zeit von 1949 bis etwa 1955 angesetzt werden: Mit der Sowjetunion bestand in dieser Zeit ein enges, fast freundschaftliches Verhältnis. Als einziger Verbündeter nahm Moskau in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht eine dominierende Stellung in China ein. Der Aufbau von Wirtschaft und Verwaltung stand im Zeichen des sowjetischen Musters, ebenso wie die Landreform und die Kollektivierung. Die Haltung des Westens in der Chinafrage war, wie bereits eingangs erwähnt, durch die ablehnende Haltung der USA bestimmt. Für das Verhältnis zu Osteuropa leiteten sich daraus gute Beziehungen zu den einzelnen Staaten ab. Zwar waren diese bis zum Tode Stalins im März 1953 auf die formalen

Kontakte beschränkt, doch änderte sich dies nach 1953, als Chruschtschow China zunehmend in die europäische Politik einbezog. So sollte China an der von der UdSSR im November 1954 vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonferenz als „Beobachter“ teilnehmen¹⁴⁾ und wurde demonstrativ als Verbündeter Moskaus in Europa herausgestellt. Offenbar bestanden Bestrebungen, China im Falle eines Konfliktes in Europa zu militärischer Hilfe zu verpflichten¹⁵⁾. Zu den Staaten Westeuropas bestanden dagegen keine Beziehungen – abgesehen von der erwähnten Anerkennung einiger Staaten. Im Hinblick auf die Deutschlandfrage votierte China eindeutig für die DDR, was sich in der kompromißlosen Vertretung der ostdeutschen bzw. sowjetischen Haltung zeigte¹⁶⁾.

Die **zweite Phase** umfaßt die Jahre von 1955 bis ca. 1965 und stand im Zeichen der entscheidenden Veränderung im Verhältnis Chinas zur Sowjetunion. Den seit 1956 anhaltenden Diskussionen über ideologische Fragen folgten Auseinandersetzungen über die gegenseitige Politik, begleitet von einer „Sinisierung“ des Kommunismus in China. Nachdem der Einfluß Moskaus in China seit Stalins Tod zurückgedrängt worden war, beendete ihn die Sowjetunion selbst durch den unvermittelten Abzug aller Spezialisten im Sommer 1960. Die Auseinandersetzungen wurden bald zu einem bestimmenden Moment der Politik beider Staaten und ihm Rahmen des Weltkommunismus. Im Innern Chinas war die Konsolidierung der Machtverhältnisse fortgeschritten, ebenso die Wirtschaftsentwicklung, die aber durch den „Großen Sprung nach vorn“ (1958 bis 1960) wesentlich beeinträchtigt wurde. Außenpolitisch versuchte China in diesen Jahren seinen Einfluß in Asien (Konferenz von Bandung 1955) wie in Afrika (Reise Chou En-lais 1963/64) auszuweiten. Parallel dazu wurde die sog. „Zwischenzonentheorie“ reaktiviert, die die theoretische Grundlage für die Beziehungen zu „kapitalistischen Staaten“ bilden sollte¹⁷⁾. Für das Verhältnis zu Europa hatte diese Entwicklung in mehrfacher Hinsicht weitreichende Folgen: Die Beziehungen zu Osteuropa wurden durch den Konflikt Peking – Moskau und die Parteinahme dieser Staaten für Moskau unmittelbar beeinträchtigt und verschlechtert. Die Kontakte auf Staatsebene wurden zwar nicht unterbrochen, wohl aber auf Parteiebene, das Handelsvolumen ging stark zurück.

Parallel zu dieser Verschlechterung im Verhältnis zu Osteuropa erfolgte ein Ausbau der Beziehungen zum Westen, der seinen Ausdruck in einem zunehmenden Handelsaustausch fand. Beispielsweise war die Bundesrepublik Deutschland 1958 der wichtigste Außenhandelspartner Chinas – trotz fehlender diplomatischer Beziehungen. Die Anerkennung Chinas durch Frankreich im Januar 1964 und die Gespräche mit

der Bundesrepublik in Bern 1964 sind Anzeichen für den Versuch, auch die politischen Beziehungen zu Westeuropa zu intensivieren¹⁸⁾.

Eine **dritte Phase** umfaßt die Jahre 1965 bis ca. 1968/69, in denen die chinesische Politik von den Auswirkungen der Kulturrevolution gekennzeichnet war. Für die Beziehungen zur UdSSR hatte dies eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zur Folge. Die Grenzwischenfälle des Jahres 1969 stellen einen gewissen „negativen Höhepunkt“ der bilateralen Beziehungen dar, denen eine Zuspitzung des ideologischen Disputs durch die Kritik an der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR im August 1968 durch China entsprach. Die Außenpolitik war durch den Abzug aller chinesischen Botschafter – außer dem in Kairo – geprägt, was eine planmäßige Weiterentwicklung der Beziehungen verhinderte. Die Haltung des Westens gegenüber China zeugte von einem gewissen Unverständnis gegenüber dieser Entwicklung, das aber eher den Reiz Chinas vergrößerte.

Die Politik Chinas gegenüber Osteuropa wurde in dieser Phase einer entscheidenden Änderung unterzogen: China greift seit 1965 in das Geschehen in Osteuropa mit der Zielsetzung ein, die Hegemonie der UdSSR in diesem Raum zu stören, indem es die unterstellte Unzufriedenheit einzelner Staaten unterstützt. Beispiele dafür sind die Unterstützung der DDR in der Deutschlandfrage bei gleichzeitigen Angriffen auf die Sowjetunion, aber auch die Gründung oppositioneller Gruppierungen wie der „Polnischen Exil-KP“ im Dezember 1965¹⁹⁾ und einer „Stalin-Gruppe“ in der Sowjetunion²⁰⁾. Die gegen die Politik der Sowjetunion gerichteten Erklärungen dieser Gruppen wurden von der Presse Chinas wie Albaniens verbreitet – zusammen mit Erklärungen, die die „Entschlossenheit der Völker der Sowjetunion, Osteuropas und der Mongolei, die Herrschaft der revisionistischen Renegatenclique zu stürzen“, propagierten²¹⁾. Im Zuge der Kritik an der Intervention in der CSSR betonte China aber gleichzeitig das gute Verhältnis zu Rumänien wie das der Völker Chinas und Osteuropas zueinander bei ausgesprochener Rücksichtnahme gegenüber den Politikern der einzelnen Staaten. China betonte seither die „gemeinsamen Interessen“ mit Osteuropa gegenüber Moskau, womit es zum einen versucht, die Bildung einer antichinesischen Front im Sowjetblock zu verhindern und andererseits die Aufmerksamkeit Moskaus in diesem Raum zu binden.

Im Verhältnis zu Westeuropa erfolgte keine wesentliche Änderung – entsprechend der Entwicklung der Aussenpolitik ist praktisch eine Stagnation der Beziehungen festzustellen.

Die **vierte** und bisher letzte **Phase** der Europapolitik Chinas begann Ende 1969. Seither entspannte sich das Verhältnis zur Sowjetunion in einem gewissen Maße, ohne daß von einer Normalisierung gesprochen werden könnte. Eher zeichnet sich eine Art von Koexistenz ab, die von einer Intensivierung der politischen wie der wirtschaftlichen bei unveränderten ideologischen Positionen bestimmt ist. Mit der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen im Oktober 1971, mit der China praktisch die Emanzipation gegenüber der Sowjetunion erreichte, erhielt dieser Konflikt eine neue Dimension. Die Verhältnisse im Innern konsolidierten sich nach der Kulturrevolution relativ rasch – sichtbares Zeichen dafür war der IX. Parteitag der KP Chinas im April 1969 – begleitet von einer Reaktivierung der Außenpolitik. Gleichermäßen bedingt durch die Bereitschaft Chinas zur Ausweitung seiner Beziehungen und die Neuorientierung des Westens in der Chinafrage erfolgte die de facto Anerkennung Chinas als „Großmacht“, zumindest im politischen Sinne.

Chinas Politik gegenüber Osteuropa blieb in dieser Phase unverändert gegen Moskau bei einer Intensivierung der direkten Kontakte zu den einzelnen Staaten ausgerichtet, während diese wie in den Jahren zuvor ihre chinafeindliche Haltung beibehielten.

Entscheidende Veränderungen ergaben sich in den Beziehungen zu Westeuropa. Zwar wurden die Ereignisse in Europa von jeher durch China aufmerksam verfolgt und kommentiert, doch stets unter dem Aspekt des „Niedergangs des Kapitalismus“, eine Haltung, die seit 1970/71 von einem aktiven Interesse und einer sachlich-positiven Berichterstattung abgelöst wurde²²⁾. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen europäischen Staaten – mit Ausnahme von Island, Portugal, Irland und dem Vatikan – wurde die Grundlage für ein neues Kapitel der Beziehungen Chinas zu Europa gelegt – erstmals auf der Basis der gegenseitigen Souveränität und der Gleichberechtigung.

Zum ersten Male besteht damit in der langen Geschichte beider Kontinente die Möglichkeit des Aufbaus von Beziehungen auf ebenbürtiger Grundlage. Von der ersten Begegnung im 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren diese Beziehungen allein vom Interesse der europäischen Seemächte an Waren und Einfluß in China geprägt gewesen, denen China seit dem beginnenden 19. Jahrhundert aufgrund seiner industriell-technischen Unterlegenheit nur wenig entgegensetzen konnte. Seit 1911 war China dann unter dem Zeichen innerchinesischer Auseinandersetzungen gestanden, die von Europa ebenso wie von den USA und der Sowjetunion zum Ausbau ihrer Interessen genutzt wurden. Nach 1949 schließlich mußte sich China zunächst vom dominierenden Einfluß der UdSSR

lösen, um ein neues Verständnis für die Beziehungen zum Westen zu finden, womit eine Grundlage für das beiderseitige Verhältnis besteht, die frei von den Hindernissen der Vergangenheit scheint.

Der Ablauf der Europapolitik Chinas im Rahmen seiner Außenpolitik veranschaulicht die zwingende Interdependenz mit dem Konflikt zwischen China und der Sowjetunion. Ein Unterschied läßt sich jedoch insofern feststellen, als diese Interdependenz in den ersten drei Phasen unübersehbar im Vordergrund stand, während er beim jüngsten Wandel der Europapolitik nicht so offensichtlich ist.

Tatsächlich wurde aber auch die Entwicklung der chinesischen Europapolitik seit 1970/71 von der Sowjetunion entscheidend beeinflusst, wenn auch das auslösende Ereignis dafür das Verhältnis Peking—Moskau nicht unmittelbar berührte: Dieses Ereignis war die Intervention in der CSSR im August 1968. Die Anwendung militärischer Gewalt gegen einen sozialistischen Staat, der einen „eigenen Weg“ zum Sozialismus verfolgte — wie auch China! —, war für die Führung in Peking offensichtlich der letzte Beweis für den „aggressiven Charakter“ der sowjetischen Politik. Die zahlreichen Äußerungen führender chinesischer Politiker über die Bedrohung aus dem Norden²³⁾ sprechen für sich — auch ohne propagandistisches Beiwerk und ohne daß diese von China so nachdrücklich perzipierte Bedrohung vom „Westen“ als realistisch anerkannt wird. Mit der Intervention in die CSSR wurde für China ganz offenbar ein Alptraum Wirklichkeit und auch die ausgesprochen heftige Kritik an der „Breschnjew-Doktrin“ erklärt sich daraus. Dabei vermitteln die zahlreichen chinesischen Äußerungen den Eindruck, daß dieses Ereignis Peking davon überzeugte, selbst das nächste Objekt einer ähnlichen Aktion zu sein²⁴⁾.

Diese Erkenntnis lag der Neuorientierung der Außenpolitik Chinas nach der Kulturrevolution zugrunde und aus ihr resultierte die Notwendigkeit einer Absicherung im Westen²⁵⁾. Auch die Entwicklung der Beziehungen zu den USA scheint auf diese perzipierte Bedrohung zurückzuführen zu sein, denn der Besuch von Präsident Nixon war erst möglich, als sich Mao Tse-tung bereit erklärte, Richard Nixon „jederzeit“ zu empfangen — als Tourist oder als Präsident²⁶⁾. Der Reise Nixons nach Peking im Februar 1972 ging also eine veränderte Haltung Chinas gegenüber Amerika voraus — gleichzeitig war sie auch entscheidend für die Haltung zahlreicher Staaten in der Chinafrage. Die Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen am 25. Oktober 1971 ist eine unmittelbare Folge davon. Die „neue Europapolitik“ Chinas ist also im Rahmen der Neuorientierung der Außenpolitik Pekings als Reaktion auf die CSSR-Krise zu sehen und

damit unmittelbarer Ausdruck des Sicherheitsbedürfnisses Chinas.

Die Beziehungen Chinas zu Großbritannien, Frankreich und Deutschland

Die bilateralen Beziehungen Chinas zu Europa sind zwar jeweils im Rahmen der erwähnten Phasen zu sehen, doch ergeben sich im einzelnen doch erhebliche Unterschiede in der Entwicklung. Diese Differenzierungen sind größtenteils durch zwei Umstände bedingt: zum einen durch den politischen Stellenwert, den China den Kontakten zu den einzelnen Staaten beimißt, zum anderen aber durch die wirtschaftlichen Beziehungen, die China zu Europa unterhielt, auch zu Zeiten der politischen Gegnerschaft. Ihrer Bedeutung für das Verhältnis Chinas zu Westeuropa seit 1949 wegen sollen im folgenden die Kontakte zu Großbritannien, Frankreich und den beiden deutschen Staaten skizziert werden.

China und Großbritannien

Großbritannien nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als seine Chinapolitik geeignet ist, die Interdependenz der chinesischen Politik gegenüber Europa und den internationalen Ereignissen zu veranschaulichen.

Die Anerkennung Pekings durch Großbritannien erfolgte am 6. Januar 1950; die Entscheidung darüber wurde sowohl von der Labour-Regierung als auch von den Konservativen (einschließlich Churchills) unterstützt²⁷⁾. Die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Chou En-lai gefordert hatte, hatten die Unterstützung Englands für die Mitgliedschaft Chinas in den Vereinten Nationen, das (von Peking beanspruchte) chinesische Eigentum in Hongkong sowie die Vertretung Englands in Taiwan, wo ein Konsul bei der Provinzregierung akkreditiert war, zum Gegenstand²⁸⁾. Am 17. Juni 1950 gab es einen Notenwechsel darüber, doch kam es als Folge des Korea-Krieges zu keinen Ergebnissen. Neue Anknüpfungspunkte ergaben sich erst auf der Genfer Indochina-Konferenz des Jahres 1954, als Anthony Eden mit Chou En-lai zusammentraf. Eden fand den Chinesen zuerst „steif und unangenehm“ und bezeichnete die erste Unterhaltung mit ihm als „einen Austausch von Bissigkeiten“²⁹⁾. Dieser Eindruck änderte sich jedoch bald zugunsten Chous, der sich bereit erklärte, einen Vertreter nach London zu entsenden. China schickte noch im gleichen Jahr eine erste Handelsmission nach London, doch wurde eine weitere Intensivierung der Beziehungen durch die Suez-Krise und die Ereignisse in Ungarn 1956 verhindert. Auch die auf die „Hundert-Blumen-Kampagne“ folgende politische Radikalisierung in China trug zu einer Abkühlung der Beziehungen bei.

Tatsächlich hatte sich die Haltung Chinas gegenüber London erheblich geändert, was aber erst durch eine Äußerung von Chou En-lai im Februar 1958 vor dem „Nationalen Volkskongreß“ deutlich wurde, als er erklärte, daß, wenn Großbritannien „seine doppelgesichtige Haltung gegenüber China nicht ändert . . ., die sino-britischen Beziehungen unvermeidlich negativ beeinflußt“ würden³⁰). Die Verschlechterung der Beziehungen als Folge der Landung britischer Truppen im Libanon im Juli 1958 ist ein weiteres Beispiel dafür, wie abhängig Pekings bilaterale Beziehungen von internationalen Fragen sind: so brach beispielsweise eine chinesische Theatergruppe ihre Vorstellung in England unvermittelt ab, gewährte Visazusagen wurden nicht eingehalten und vor der britischen Botschaft in Peking kam es wegen der Nahostpolitik Londons zu Demonstrationen.

Großbritannien ließ sich jedoch von der Haltung Chinas nicht beirren: England unterstützte seit 1961 offiziell die Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen, ohne dabei seine Haltung gegenüber Taiwan, die auf dem Vertrag von San Francisco (zwischen Nationalchina und den USA) basierte, zu ändern, wobei die Möglichkeit der völligen Unabhängigkeit eines zweiten chinesischen Staates immer in Erwägung gezogen wurde. Diese Haltung wurde auch während der schweren Zwischenfälle in der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ beibehalten. Beispielsweise wurde als Folge des Verbots kommunistischer Zeitungen und der Inhaftierung von Journalisten in Hongkong der britische Journalist Anthony Gray im August 1967 für 26 Monate unter Hausarrest gestellt. Auf dem Höhepunkt der kulturrevolutionären Auseinandersetzungen wurde am 22. August 1967 die britische Botschaft in Peking von Rotgardisten in Brand gesteckt³¹). Als Folge davon kam es vor der Botschaft Pekings in London zu Schlägereien zwischen Chinesen und Polizisten, worauf beide Seiten mit Protesten und Ausreiseverboten reagierten. Demonstrativ informierte China seine westlichen Handelspartner darüber, daß es das britische Pfund Sterling nicht mehr als Handelswährung akzeptiere, vielmehr dem Französischen Franc und der Deutschen Mark den Vorzug geben werde³²), doch normalisierten sich seit November 1967 die zwischenstaatlichen Beziehungen schrittweise wieder.

Verliefen die politischen Beziehungen also relativ wechselhaft, so gilt dies nicht für die Kontakte auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Seit 1952 bestehen auf der Grundlage eines privaten Übereinkommens zwischen der Nachrichtenagentur „Reuter“ und der „New China News Agency“ je ein Büro in London und Peking. Die Handelsbeziehungen werden vorwiegend von britischer Seite getragen und erreichten keinen nennenswerten Umfang. 1955 wurde

ein sino-britischer Handelsrat gegründet, der im November 1964 eine britische Industrieausstellung in Peking organisierte, doch gestaltete sich für britische Geschäftsleute der Kontakt bis 1958 relativ schwierig. Seit dem offenen Ausbruch des Konflikts zwischen Peking und Moskau ist China aber deutlich an einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Westeuropa interessiert, was auch für Großbritannien gilt.

Die Reaktivierung der Außenpolitik Chinas seit 1969 erstreckte sich auch auf Großbritannien und fand seinen Ausdruck in der Aufwertung der diplomatischen Beziehungen auf Botschafterebene im März 1972³³). Die Tatsache, daß die chinesische Archäologische Ausstellung außer Paris nur noch nach London kam — Österreich wurde dann noch nachgeschoben — markiert deutlich den Stellenwert, den England in der gegenwärtigen Europapolitik Chinas einnimmt.

China und Frankreich

Die Beziehungen zwischen China und Frankreich waren vor der allgemein überraschenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Januar 1964 recht wechselvoll verlaufen. Zwar waren die französischen Diplomaten im Jahre 1949 Chiang Kai-shek und seiner Regierung nach Taiwan gefolgt, doch hielt sich ein Botschaftsrat bis zum Sommer 1950 in Kanton und ein anderer noch bis Mitte 1951 in Peking auf, womit zumindest für eine kurze Zeit eine Zwei-China-Politik praktiziert wurde.

Ähnlich wie im Falle Englands kam es auf der Genfer Indochinakonferenz 1954 auch zu ersten Gesprächen mit Vertretern Frankreichs, wobei Chou En-lai übrigens versucht haben soll, Mendes-France zu einer Torpedierung der SEATO zu veranlassen, der Frankreich damals mit Vorbehalten gegenüberstand³⁴). Die Genfer Kontakte fanden keine Fortsetzung, was — ebenfalls wie im Falle Englands — auf ein Ereignis der internationalen Politik zurückzuführen war, nämlich auf die Algerienfrage. China nahm offen für die algerische Unabhängigkeitsbewegung in ihrer Auseinandersetzung mit Frankreich Partei und war der erste kommunistische Staat überhaupt, der die „Revolutionäre Volksregierung Algeriens“ anerkannte³⁵). Das belastete die Beziehungen zu Frankreich erheblich — ebenso wie der Umstand, daß die Algerienfrage seit 1961/62 zum Streitpunkt zwischen China und der Sowjetunion wurde. Trotz allem ergaben sich eine Reihe inoffizieller Kontakte zwischen beiden Staaten: Im Juli 1950 besuchte Roger Seydoux Peking, im Mai des Jahres 1957 folgten Edgar Faure, 1960 René Capitant und 1961 schließlich François Mitterrand — um nur die wichtigsten Besucher zu nennen. Die wirt-

schaftlichen Beziehungen wurden vor allem durch zwei Delegationen unter Henri Rochereau 1956 und 1957 reaktiviert³⁶). Der zweite Besuch Edgar Faures im Oktober/November 1963 diente praktisch der Vorbereitung der Errichtung einer Handelsmission sowie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Bei den der Anerkennung vorausgehenden Verhandlungen hatte sich Frankreich nicht bereit gezeigt, mit Taiwan zu brechen, wie es China verlangt hatte. Das Problem wurde zunächst dadurch umgangen, daß Paris die VR China offiziell ohne Vorbedingungen oder Zusagen anerkannte, beide Seiten aber davon ausgingen, daß Taiwan als ebenso vehementer Gegner der „Zwei-China-Theorie“ wie Peking die Beziehungen nach der Bekanntgabe der Anerkennung von sich aus abbrechen würde³⁷). Tatsächlich gab dann auch die Republik China am 10. Februar 1964 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bekannt³⁸), nachdem es zuvor zu diplomatischen Auseinandersetzungen gekommen war.

Von seiner Motivation her kann die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Frankreichs zu China als eine Demonstration politischer Unabhängigkeit beider Staaten betrachtet werden, deren Ziel es war, die Rollen der Großmächte USA und Sowjetunion zu relativieren. Da auf Seiten Chinas vor allem die Absicht mitspielte, gegenüber der Sowjetunion die Unabhängigkeit seiner Außenpolitik zu demonstrieren, die eigene Position durch Bindungen zum Westen zu stärken und zu sichern, ist dieser Schritt lediglich Ausdruck des Emanzipationsprozesses beider Staaten gegenüber ihren ehemaligen Verbündeten. Auch daraus wird deutlich, wie eng die Außenbeziehungen Chinas mit der jeweiligen Konstellation der internationalen Politik verknüpft sind.

Trotz dieser Ausgangspositionen entwickelten sich die bilateralen Beziehungen weder für Peking noch für Paris in der gewünschten Intensität. Dies betrifft aber weniger die kulturellen als die wirtschaftlichen und politischen Kontakte wie die Kooperation in internationalen Fragen. Zwar unterstützte Peking die Politik des „europäischen Europa“ de Gaulles und versuchte Paris die durch die Anerkennung Chinas demonstrierte eigene Unabhängigkeit in politisches Prestige umzumünzen, so überwogen letztlich doch die differierenden Ansichten, beispielsweise über den Vietnamkrieg oder über die chinesische Afrikapolitik, vor allem in den Jahren 1964 bis 1967. Hinzu kam, daß die hochgesteckten Erwartungen Frankreichs in einen intensiven Handelsaustausch mit China nicht erfüllt wurden. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten blieb Frankreich weit hinter der Bundesrepublik und sogar Großbritannien zurück – weniger in den Jahren vor als gerade seit

der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1964³⁹).

Die Auswirkungen der Kulturrevolution, die auch die Beziehungen zu Frankreich beeinträchtigten, führten zusammen mit der Parteinahme Pekings für die Studenten bei den Pariser Mai-Unruhen des Jahres 1968 zu einer Entfremdung zwischen beiden Staaten, womit die französisch-chinesischen Beziehungen in dieser Phase als „Enttäuschung hochgespannter Erwartungen“ charakterisiert werden können.

Eine Verbesserung der Beziehungen setzte erst im Zuge der erwähnten Reaktivierung der Außenpolitik Chinas nach der Kulturrevolution ein. Im Rahmen der im ersten Abschnitt aufgezeigten jüngsten Phase der Europapolitik Chinas nimmt die Politik Frankreichs insofern eine bedeutsame Rolle ein, als sie durch die chinesische Presse stets in gewisser Hinsicht als „Vorbild“ hingestellt wurde. „Vorbild“ insofern, als sich Frankreich entsprechend der Darstellung Chinas stets gegen eine Vorherrschaft der USA wie auch der UdSSR in Europa einsetzte und noch einsetzt⁴⁰), was der chinesischen Konzeption gegenüber Europa seit 1969/70 entspricht. Daß diese Vorstellung der französischen Politik aber nicht ganz der tatsächlich praktizierten Politik entsprach, wurde nicht zuletzt an den Ergebnissen des Besuchs des französischen Staatspräsidenten Pompidou im September 1973 deutlich. Ganz offenbar sah sich der Staatsgast aus Paris nicht in der Lage, die in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen, insbesondere was seine Ansichten über sowjetische Politik betraf⁴¹). China mußte auf diesem Wege erfahren, daß die eigenen Vorstellungen bezüglich der Motive und Ansichten der Politik der Staaten Westeuropas – in diesem Falle Frankreichs – in dieser Form nicht zutrafen. Eine gewisse Enttäuschung auf beiden Seiten war die Folge, ohne daß sich aber eine grundsätzliche Veränderung im gegenseitigen Verhältnis absehen ließe. Frankreich nimmt nach wie vor eine entscheidende Position in der Europapolitik Chinas ein.

Die Beziehungen zu beiden Deutschland

Dem Verlauf der Beziehungen zwischen der VR China und den beiden deutschen Staaten kommt insofern ein besonderes Interesse zu, als Deutschland seiner geographischen Lage wegen von zentraler Bedeutung für Europa ist, andererseits die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu China weniger als Ergebnis bilateraler Interaktionsverhältnisse denn als Funktion der Beziehungen zwischen China und den Bündnisssystemen gelten müssen, denen die beiden Staaten angehören. Während es bei England und Frankreich deren Gewicht und Rolle ist, die sie für Peking interessant machen, ist es im Falle

**Unser aller
Leistung für die
VOLKSWIRTSCHAFT**

**Die
VOLKSWIRTSCHAFT
geht uns alle an!**

LÄNDERBANK
Um Sie bemüht

Deutschlands mehr das mittelbare Interesse in Verbindung mit der Europapolitik der USA und der UdSSR.

Für das konkrete Beispiel der Beziehungen der DDR zur VR China bedeutet dies, daß für die Zeit von 1949 bis 1962/63, also während der Zeit der guten Beziehungen Chinas zur UdSSR, ein durchaus freundschaftliches Verhältnis bestand, das sich anschließend im Zuge des sino-sowjetischen Konflikts rapide verschlechterte⁴²⁾. Das bedeutet aber nicht, daß es keine gewisse eigenständige Entwicklung der Beziehungen Ost-Berlins zu Peking gab; beispielsweise ist dies bei der unterschiedlichen Bewertung der chinesischen Volkskommunen durch Ost-Berlin und Moskau festzustellen⁴³⁾, doch wurde dadurch der prinzipielle Kurs der Chinapolitik der DDR an der Seite Moskaus nicht geändert. Insbesondere hatte eine „prochinesische Fraktion“ innerhalb der SED, deren Existenz besonders in den Jahren 1963/64 deutlich war, keine direkte Auswirkung auf das tatsächliche Verhältnis beider Staaten zueinander⁴⁴⁾, wobei dies auch für erkennbare chinesische Bemühungen gilt, die DDR gegen die Sowjetunion aufzuwiegen⁴⁵⁾.

Für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China läßt sich zusammenfassen, daß Bonn in seiner Chinapolitik Washington zwar nie in dem Maße verhaftet war, wie Ost-Berlin es Moskau noch ist, doch bestand eine gewisse Abhängigkeit bis in die sechziger Jahre hinein. Für China dagegen gehörte die Bundesrepublik als NATO-Mitglied in das Lager der feindlichen „Kapitalisten“, d. h. zu den ideologischen Gegnern, wodurch bilaterale Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Interessenausgleichs praktisch von Anfang an kaum möglich waren. Statt dessen wurde die Bundesrepublik zu einem bevorzugten Objekt chinesischer publizistischer Attacken gegen den Westen überhaupt⁴⁶⁾.

Eine Änderung dieser für die deutsche Chinapolitik ungünstigen Konstellation ergab sich erst 1964, was in direkte Verbindung mit der Verschlechterung des Verhältnisses Chinas zur Sowjetunion und zur DDR gebracht werden kann. Daß die im Zuge dieser Entwicklung eingeleiteten Gespräche zwischen deutschen und chinesischen Diplomaten in der Botschaft Peking in Bern 1964 schließlich doch nicht zu einer Annäherung führten, ist jedoch ein weiteres Mal auf Einwirkungen von außen zurückzuführen, wenn es auch weniger der Sturz Chruschtschows und eventuelle chinesische Hoffnung auf eine Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion gewesen sein dürften⁴⁷⁾, sondern eher Veränderungen im ostdeutsch-chinesischen Verhältnis sowie eine chinesische Enttäuschung über die offensichtliche Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA⁴⁸⁾, so

ändert dies nichts an der prinzipiellen Abhängigkeit der beiderseitigen Beziehungen von der internationalen Politik und ihren vielfältigen Strömungen.

Nach diesem kurzen deutsch-chinesischen Tauwetter ergaben sich in den folgenden Jahren keine weiteren direkten Kontakte, wenngleich ein starkes wirtschaftliches Interesse Pekings an der Bundesrepublik festgestellt werden konnte. Seit Jahren stand die Bundesrepublik hinter Japan an zweiter Stelle der Handelspartner Chinas und rangierte damit weit vor Frankreich und Großbritannien⁴⁹⁾. Politisch-publizistisch war die Politik der Bundesrepublik auch während der „Kulturrevolution“ Gegenstand heftiger Attacken, wobei auffällt, daß die chinesischen Äußerungen von einer erstaunlich genauen Kenntnis der deutschen Politik zeugen⁵⁰⁾.

Erst im Zuge der bereits mehrfach erwähnten jüngsten Phase der chinesischen Europapolitik ergaben sich auch im Verhältnis Pekings zu Bonn entscheidende Veränderungen. Nachdem sich China noch kurz zuvor als entschiedener Gegner der deutschen Ostpolitik – als deren Ergebnis eine Stärkung der sowjetischen Position in Europa befürchtet wurde⁵¹⁾ – gezeigt hatte, verstummte seit Ende 1969 jede diesbezügliche Kritik, an deren Stelle eine erstaunlich sachliche Art der Berichterstattung über Fragen deutscher Politik rückte⁵²⁾. Obwohl die Außenpolitik der Bundesrepublik in jenen Jahren von der Priorität der „neuen deutschen Ostpolitik“ bestimmt war, konnte sich Bonn nicht langfristig einer Normalisierung der Beziehungen zu China sperren, wollte es nicht eine neue Abhängigkeit seiner Außenpolitik – diesmal von Moskau – zugestehen und damit von vornherein auf den Ausbau der Kontakte zu China verzichten.

Die Einladung an den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schröder, war der entscheidende Schritt in diesem Kontext. Die erstaunlich heftige Reaktion auf den Besuch Schröders in China im Juli 1972 durch den Sowjetblock (einschließlich der DDR), die sich primär gegen China, nicht aber gegen die BRD richtete, ist letztlich erneut ein Beweis für die Interdependenz bilateraler und internationaler Fragen in der Außenpolitik Chinas. Für Bonn war damit freilich der Zugzwang gegeben: In dieser Situation auf die Fortsetzung der geknüpften Kontakte zu verzichten, wäre einer Preisgabe der Unabhängigkeit der deutschen Außenpolitik gleichgekommen – ganz abgesehen von den innenpolitischen Auswirkungen angesichts der bevorstehenden Wahlen. Die Reise von Außenminister Scheel im Oktober 1972 nach Peking und die rasche Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 11. Oktober stellen in diesem Zusammenhang nichts anderes als eine logische Fortsetzung der

deutschen Ostpolitik unter Einbeziehung des Fernen Ostens dar.

Zur weiteren Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen soll an dieser Stelle lediglich angemerkt werden, daß trotz mehrerer China-Reisen bundesdeutscher Wirtschaftler und Politiker seither keine wesentlichen Fortschritte verzeichnet werden können. Nach wie vor rangiert die deutsche Chinapolitik eindeutig hinter anderen außenpolitischen Fragen, während das Interesse Chinas an der BRD – im Rahmen seiner Europapolitik – weiterhin zu bestehen scheint. Die bilateralen Beziehungen selbst sind damit eindeutig Funktion übergeordneter Interessen, ein Umstand, der den Beziehungen Bonn–Peking wenig Stabilität verleiht.

Dieser kurze Überblick über die deutsch-chinesischen Beziehungen läßt einige bestimmende Grundzüge erkennen, die seit 1949 unverändert Gültigkeit haben: Die Beziehungen der DDR zu China müssen als Funktion des sino-sowjetischen Verhältnisses betrachtet werden, während für die Beziehungen der Bundesrepublik eine Interdependenz vom Verhältnis China–USA ebenso wie eine (nicht umkehrbare) Relation zum Verhältnis Peking–Ostberlin festgestellt werden kann. Hervorzuheben ist, daß China die Bundesrepublik im Gegensatz zur DDR, die als Satellit Moskaus angesehen wird, zunehmend als eigenständigen Staat betrachtet.

Die Beziehungen zu den anderen Staaten Europas

Das Verhältnis der Volksrepublik China zu den anderen Staaten Westeuropas seit 1949 läßt sich relativ knapp umreißen. Dabei müssen zwei Staatengruppen von einander unterschieden werden – eine, die aus denjenigen Staaten besteht, die bereits 1950 oder kurz danach die Regierung in Peking anerkannten, und eine andere, die erst im Zuge der neuen chinesischen Westpolitik seit 1969 diplomatische Beziehungen zu Peking aufnahm.

Bei den Staaten der ersten Gruppe handelt es sich neben der Schweiz um nordische Staaten, nämlich um Schweden (Anerkennung 5. 9. 1950), Dänemark (Nov. 1950), Finnland (14. 9. 1950) und Norwegen (5. 10. 1954). Die relativ frühe Anerkennung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dieser Staaten zu China hatte jedoch keine Intensivierung der bilateralen Kontakte zur Folge. Dies ist vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen: Einerseits müssen die Beziehungen Chinas auch zu diesen Staaten im Rahmen des aufgezeigten Verlaufs der chinesischen Europapolitik gesehen werden, woraus resultiert, daß China zu diesem Zeitpunkt ange-

sichts der guten Kontakte zur Sowjetunion und den Staaten Osteuropas offensichtlich kein Interesse an einer Ausweitung der Beziehungen hatte, während zum anderen die Bedeutung dieser Staaten selbst für die chinesische Politik von geringer Relevanz gewesen sein dürfte – entsprechend ihrer Rolle in der internationalen Politik – und da sie auch nicht zu der für Peking interessanten EWG gehören. Entsprechend der gegenwärtigen Ausrichtung der chinesischen Europapolitik sind die Beziehungen zu diesen Staaten für Peking auch heute eher zweitrangig – beispielsweise gegenüber England, Frankreich oder auch Deutschland. (Dies impliziert selbstverständlich keine Aussage über den Platz, den diese Staaten auf der internationalen Wertskala einnehmen, sondern spiegelt lediglich die chinesische Einschätzung wider.)

Zur zweiten Staatengruppe gehören Italien (Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 6. 11. 1970), San Marino (6. 5. 1971), Belgien (25. 10. 1971), Island (7. 12. 1971), Malta (31. 1. 1972), Griechenland (5. 6. 1972) sowie Luxemburg (6. 11. 1972). Zur Chinapolitik dieser Staaten ist anzumerken, daß sie sich in ihrer Beurteilung der Chinafrage größtenteils dem Standpunkt der USA angeschlossen haben und dementsprechend diplomatische Beziehungen zur Republik China (Taiwan) unterhielten. Dies implizierte a priori eine feindselige Reaktion seitens der Volksrepublik China, die ja – wie auch die Republik China – stets jede „Zwei-China-Theorie“ ablehnte und den Alleinvertretungsanspruch für sich erhob. Gleichzeitig damit war die Aufnahme offizieller Kontakte Chinas zu diesen Staaten praktisch so lange verhindert, als ein chinesischer Botschafter aus Taiwan China repräsentierte. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dieser Staaten zur Volksrepublik China ist also in direktem Zusammenhang mit der Änderung der Chinapolitik der USA zu sehen und bedingte gleichzeitig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Republik China. Die Beziehungen dieser Staaten zur Volksrepublik China befinden sich also praktisch erst an ihrem Beginn – es wird abzuwarten sein, welche Rolle China künftig in ihrer Außenpolitik bzw. ob sie eine für China wichtige Rolle im Rahmen seiner Europapolitik spielen werden.

Eine gewisse Sonderposition nimmt dabei Österreich im Rahmen der chinesischen Europapolitik ein, dessen Beziehungen zu China bislang bewußt ausgespart blieben. Diese „besondere Position“ Österreichs ist vor allem durch zwei Faktoren bestimmt: Zum einen durch die geopolitische Situation dieses Staates im Herzen Europas „zwischen Ost und West“ und zum zweiten durch die österreichische Neutralitätspolitik als tragender Bestandteil der Außenpolitik Wiens. Diese Politik der Neutralität bezog

sich auch auf die Haltung in der Chinafrage und hatte als ein bemerkenswertes Ergebnis zur Folge, daß weder diplomatische Beziehungen zu Peking noch zu Taipeh bestanden. Andererseits existierten relativ gute Beziehungen auf inoffizieller Ebene zur Republik China sowie Kontakte zu Peking. Eine Änderung dieser Situation erfolgte am 26. Mai 1970 durch die Aufnahme offizieller Beziehungen auf Botschaftsebene zur Volksrepublik China. Das dazu abgeschlossene Kommuniqué weist erneut auf die Sonderposition Österreichs hin, da darin ausdrücklich die österreichische Neutralität durch China anerkannt wird: „Die chinesische Regierung respektiert den Status der Neutralität der Republik Österreich“⁵⁵⁾ und außerdem – im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kommuniqués – Österreich seinerseits die Volksrepublik China lediglich „als einzige legitime Regierung Chinas“⁵⁶⁾ anerkannte. Eine ähnlich „weiche Formel“ der Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs Pekings findet sich außerdem lediglich bei Kuweit, San Marino, dem Iran und Ruanda⁵⁷⁾. Dadurch, daß auch seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking relativ gute Kontakte primär auf wirtschaftlicher Ebene zur Republik China bestehen, wird praktisch eine „Zwei-China-Politik“ im Kleinen praktiziert, was wiederum durchaus ungewöhnlich ist. Wichtiger erscheint aber ein weiterer Umstand, der die Bedeutung des Verhältnisses Österreichs zu China für Europa betrifft: Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen entwickelten sich die Beziehungen zwischen Wien und Peking in einer Intensität, die die anderer „schwergewichtigerer“ europäischer Staaten in den Schatten stellt. Tatsächlich hat Österreich mit seinen politischen und kulturellen Verbindungen zu China eine Position eingenommen, die den Schluß zuläßt, daß in Peking die Beziehungen zu Wien relativ hoch eingeschätzt werden⁵⁸⁾. Dieses Interesse Chinas scheint vor allem an der neutralen Position Österreichs begründet zu sein, woraus sich andererseits ergibt, daß die Aufgabe Österreichs im Rahmen der Beziehungen zwischen Westeuropa und der Volksrepublik China darin besteht, daß Wien – unbeeinflusst von der Konfliktsituation der „Supermächte“ und den anderen Fragen der europäischen Politik – sehr wohl die Rolle eines Mittlers zwischen China und Europa übernehmen könnte.

Die Position Chinas gegenüber gesamteuropäischen Fragen

Neben dem in den Grundzügen aufgezeigten phasenweisen Ablauf der Beziehungen zwischen China und den einzelnen Staaten Westeuropas zeigte die Volksrepublik China von jeher relativ großes Interesse für die Fragen gesamteuropäischer Problematik. Dabei läßt sich entsprechend

der Entwicklung der chinesischen Europapolitik ein entscheidender Wandel in der Beurteilung der gesamteuropäischen Problematik durch die chinesische Presse feststellen: Stand diese praktisch von 1949 bis Ende der sechziger Jahre unter dem negativen Vorzeichen der amerikanischen Vorherrschaft gegenüber Westeuropa und wurde dabei im einzelnen auch nicht mit Kritik an Regierungen der Staaten Westeuropas gespart, so ergab sich im Zuge der jüngsten Entwicklung seit 1969 auch in dieser Hinsicht eine entscheidende Veränderung in der Haltung Chinas: In zunehmendem Maße wird seither von Peking auf die Integrationsbestrebungen Westeuropas hingewiesen, wobei diese nachhaltige chinesische Unterstützung finden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Bedrohung, die für Europa aus der sowjetischen und auch amerikanischen Europapolitik nach chinesischer Ansicht entsteht. Im gleichen Sinne ist die Haltung Chinas gegenüber der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu sehen, die von Peking als „Instrument des sowjetischen Revisionismus“ vehement kritisiert und abgelehnt wird. Wegen der Bedeutung dieser Fragen für europäische China wie die chinesische Europapolitik soll im folgenden auf die Position Chinas in diesen Fragen kurz eingegangen werden.

China, die Europäischen Gemeinschaften und die Integration Europas

Wie bereits erwähnt, zeigt China seit Ende 1970 ein gesteigertes Interesse an der Szenerie der europäischen Politik, insbesondere im Hinblick auf die Europäischen Gemeinschaften (EG) und die damit verbundenen Bestrebungen zur Integration Europas. Offenkundige Beispiele für die Neubewertung der Entwicklung in Europa sind u. a. die Begrüßung der EWG-Beschlüsse vom Februar 1971⁵⁹⁾ oder auch die beifällige Kommentierung der Beschlüsse über die Aufnahme Großbritanniens in die EG⁶⁰⁾. Dabei ergibt sich ganz klar, daß der eindeutige Schwerpunkt aller entsprechender Berichte auf den Motiven liegt, auf denen nach chinesischer Darstellung die Einigungsbestrebungen in Westeuropa beruhen. Dieser Sachverhalt ist insofern von Bedeutung, als die zahlreichen Artikel chinesischer Provenienz über die westeuropäische Politik den einzelnen Staaten als alleinige Motivation den „Widerstand... gegen die Supermächte“ (d. h. die USA und die UdSSR) unterstellen. Im gleichen Maße, in dem es die Integration begrüßt, verurteilt China die Europapolitik der USA und der UdSSR, wobei es diese u. a. beschuldigt, ihre „Vorherrschaft auf Kosten der europäischen Staaten ausbauen“ zu wollen. Das Hauptmotiv für die europäische Einigung nach chinesischem Verständnis ist also der Wider-

stand der Staaten Europas gegen die Politik der beiden „Supermächte“. Bemerkenswert ist hierbei, daß seit Anfang des Jahres 1973 der Schwerpunkt der chinesischen Argumentation auf der Verurteilung der UdSSR liegt, während die Kritik an den USA teilweise in den Hintergrund getreten ist. Wurde noch das Abkommen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG vom Juni 1971 als „Markstein des raschen Niedergangs der US-Hegemonie“⁶¹⁾, die Tagung der EWG-Finanzminister vom folgenden September „als direkter Schlag gegen die USA“⁶²⁾ bezeichnet, so wird die Politik Washingtons seither zunehmend positiv bewertet. Ein prägnantes Beispiel dafür ist die Beurteilung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen ausgewogenen Truppenabbau. Die dafür gebräuchliche Abkürzung MBFR (Mutual Balance Force Reduction) wurde zur Abkürzung für „More Bataillons For Russia“ umbenannt. Zwar soll diese Definition von einer deutschen Journalistin geprägt worden sein, doch wurde sie an hervorragender Stelle im Parteiorgan der KP Chinas, der „Jen-min Jih-pao“ (Volkszeitung), veröffentlicht⁶³⁾, womit sie offiziösen Charakter erhielt. Aus den zahlreichen ähnlich lautenden Kommentaren wird deutlich, daß die europäische Politik von China primär auf antisowjetische, sekundär auf antiamerikanische, Zielsetzungen zurückzuführen ist, wozu als „Beweis“ die Politik der Staaten Europas bzw. ihre Interpretation durch die Presse herangezogen wird⁶⁴⁾. Die Berichterstattung Chinas über die Geschehnisse in Europa demonstriert damit zwar eine bis ins Detail gehende Kenntnis, doch wird durch die einseitige Akzentuierung ein verfälschtes Bild der tatsächlichen Entwicklung wiedergegeben.

Für die Motivation der Europapolitik Chinas ergibt sich daraus, daß Peking tatsächlich weniger an Europa selbst oder an der künftigen europäischen künftigen europäischen Szenerie orientiert ist, sondern daß für China primär die Gegenwirkung zu der UdSSR und den USA, die es sich von einem Vereinten Europa verspricht, von Interesse ist, da es der Zielsetzung der eigenen Politik entspricht.

Daraus folgt, daß China seine Europapolitik gegenwärtig vor allem als Mittel zur Erreichung einer anderen Zielsetzung – der Bekämpfung des amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus – einsetzt. Zwar schließt dies nicht aus, daß Peking auch an guten bilateralen Beziehungen interessiert ist, was die zahlreichen Besuche europäischer Politiker in den letzten Jahren bestätigen. China zeigt damit, daß es sich der Möglichkeit bewußt ist, durch Knüpfung direkter Kontakte zu Staaten, die über gute Beziehungen zur Sowjetunion oder den USA verfügen, die eigene Position, den Einfluß und das Mitspracherecht ausweiten zu können. Im Grundsatz bleibt gleichwohl festzuhalten, daß China an der euro-

päischen Integration wie an der EG als solcher nicht unmittelbar interessiert ist, der Grund für das gegenwärtige Engagement eher in dem vermuteten Widerstand gegen die USA und die UdSSR begründet liegt. Dies impliziert aber gleichzeitig, daß, wenn Peking langfristig erkennen sollte, daß dieser Widerstand nicht von der Art oder Intensität ist, wie es ihn sich derzeit verspricht und für seine Ziele als möglich erachtet, die gegenwärtige positive Einstellung eventuell einer neuerlichen Veränderung unterzogen werden könnte.

China und KSZE

Die Haltung Chinas gegenüber der von der Sowjetunion initiierten KSZE ist durch die gleichen Kriterien bestimmt wie die zur europäischen Integration. Während aber die Integration im Hinblick auf die Zurückdrängung des sowjetischen – amerikanischen Einflusses gesehen und beurteilt wird, befürchtet China von einer Europäischen Sicherheitskonferenz die Abgrenzung und Festigung der Hegemonie dieser beiden Staaten in Europa. Die chinesische Führung geht dabei offenbar davon aus, daß eine entsprechende Konferenz als Ergebnis eine Konsolidierung der gegenwärtigen Machtverhältnisse mit sich bringen würde, die der UdSSR die „Westfront ruhig halten“ und ihre „Nachkriegsgewinne“ sichern würde. Anders als im Falle der europäischen Integration liegen zu dieser Thematik nur wenige offizielle bzw. „offizielle“ Stellungnahmen vor. Eine der wichtigsten stammt vom Botschafter Chinas bei den Vereinten Nationen, Chiao Kuan-hua, der vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1972 dazu im einzelnen ausführte:

„Wir sind der Ansicht: Um den Frieden und die Sicherheit in Europa wirklich gewährleisten zu können, muß man entschlossen gegen Aggression, Intervention, Subversion und Kontrolle durch die Supermächte kämpfen, die Militärblöcke auflösen, die ausländischen Truppen abziehen und auf der Grundlage der Achtung von Unabhängigkeit und Souveränität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens die friedliche Koexistenz der europäischen Länder verwirklichen. Andernfalls kann die sogenannte Europäische Sicherheitskonferenz nur eine neue Bezeichnung für die Abgrenzung von Einflußspären zwischen den beiden Supermächten und der Ausnutzung der Militärblöcke sein. Eine solche Konferenz sollte anstatt „Europäische Sicherheitskonferenz“ dann besser „Europäische Unsicherheitskonferenz“ heißen.“⁶⁵⁾

Wesentlich deutlicher als die chinesische bezog die Presse Albaniens zur KSZE Stellung, was insofern von Bedeutung ist, als die alban-

sche Presse gemeinhin als Sprachrohr Chinas in außenpolitischen Fragen betrachtet werden kann und Rückschlüsse auf die Haltung Pekings zuläßt. Albanien verurteilt die KSZE kompromißlos als „Kollaboration“ zwischen den USA und der UdSSR „auf Kosten“ der Staaten Ost- und Westeuropas, während die Konferenz als „Bestandteil einer konterrevolutionären weltweiten Strategie der „heiligen sowjetisch-amerikanischen Allianz“, die . . . die Herrschaft der beiden imperialistischen Supermächte in Ost- und Westeuropa gewährleisten und die Revolution auf dem Kontinent erdrosseln soll . . .“⁶⁶), betrachtet wird. Unter anderem heißt es: „Das Komplott der Europäischen Sicherheit (hat) seine Wurzeln in der hegemonistischen Politik“ und im „Ruhebedürfnis der beiden Supermächte in Europa . . ., das beiden Staaten freie Hand für andere Teile der Welt verschaffen“ soll. Immer wieder wird dabei die Befürchtung einer Aktion gegen „das große Volkschina“ geäußert, wenn Moskau erst einmal durch die Ergebnisse der KSZE den „Rücken frei“ habe⁶⁷).

Mit alledem drückt Albanien letztlich aus, was China nur andeutet und das dennoch seiner Politik zugrunde zu liegen scheint: Der Widerstand Pekings gegen die Sicherheitskonferenz resultiert letztlich aus dem Sicherheitsbedürfnis Chinas, der perzipierten Bedrohung vor einer sowjetischen Intervention à la CSSR – diesmal gegen China. Der ideologisch-machtpolitische Gegensatz zu Moskau liegt also auch in diesem Falle der Haltung Pekings zugrunde: Wie in anderen Krisengebieten der internationalen Politik ist China in Europa daran interessiert, daß möglichst starke sowjetische (und amerikanische) Kräfte in den jeweiligen Gebieten gebunden sind und auch bleiben. Jeder in Osteuropa stationierte Soldat kann nicht an einer Aktion gegen China teilnehmen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist der Umstand, daß China nicht an der vom 3. bis 7. Juli in Helsinki tagenden Sicherheitskonferenz teilnahm, sicherlich als Mißerfolg für die chinesische Europapolitik zu werten. Dementsprechend fiel die Reaktion auf die KSZE aus, über deren Beginn ein Kommentar informierte, der sie als „ein Mittel der beiden Supermächte, ihre Einflußsphären abzugrenzen, während sie zur gleichen Zeit versuchten, diese gegenseitig zu unterminieren“⁶⁸), bezeichnete. Mit Genugtuung wurden dann die mageren Ergebnisse der Konferenz berichtet, auf der es „nicht gelungen (sei), irgendein Abkommen über substantielle Fragen“⁶⁹) zu erzielen. Andererseits wurde den Äußerungen europäischer Politiker breiter Raum eingeräumt, die vor dem „Schein einer Sicherheit“ in Europa warnten, wie beispielsweise die Außenminister Frankreichs, Michel Jobert, und Englands, Alec Douglas-Home, der die UdSSR aufgefordert haben soll, in der Frage der

Garantie der Sicherheit Europas „von Worten zu Taten zu schreiten“⁷⁰). Zur gleichen Zeit wurde von Chinas Presse eine Serie von Artikeln der westeuropäischen Presse wiedergegeben, in denen die sowjetischen Absichten in Europa „demaskiert“ wurden⁷¹). Auch in Gesprächen mit europäischen Politikern warnte China eindringlich davor, daß Europa nicht „zuviel Vertrauen“ in den Entspannungsprozeß zwischen Washington und Moskau setzen dürfe: „Amerika und Rußland ist nicht zu trauen, Europa muß selbst stark sein“, erklärte Premier Chou En-lai gegenüber niederländischen Parlamentariern⁷²).

Kennzeichnend für diese Politik gegenüber Europa ist auch die veränderte Einstellung zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Während die NATO vor nicht allzu langer Zeit als „imperialistisches Militärbündnis“ und „Werkzeug der US-Imperialisten“⁷³) gebrandmarkt wurde, änderte sich diese Bewertung im Zuge der Intensivierung der Beziehungen zu Europa seit 1969. China berichtet seither sachlich und objektiv über die die NATO betreffenden Fragen, wobei die Betonung darauf liegt, daß „die NATO-Staaten wachsam das Problem der ständigen Verstärkung und Expansion der sowjetischen Streitkräfte ins Auge fassen“ müssen. Beispielsweise wird über NATO-Tagungen und -Manöver unter dem Aspekt der „Zurückschlagung einer sowjetischen Aggression“ berichtet. An die Stelle der Polemik trat eine positive Bewertung der NATO, als deren „wirtschaftlicher Arm“ die Europäischen Gemeinschaften gelten. Die NATO als „anti-sowjetisches Verteidigungsbündnis“ vertritt damit eine Politik, die durchaus der chinesischen globalen Zielsetzung entspricht⁷⁴).

Europa und der Konflikt Peking–Moskau

Ein anderes bedeutsames Kriterium zur Beurteilung der Europapolitik Chinas stellt die Reaktion der UdSSR (und die der Staaten des Sowjetblocks) auf die Politik Chinas gegenüber Europa dar. Die ausgesprochen heftige Kritik, die die Presse dieser Staaten an Peking übt, gibt neben dem sowjetischen Unbehagen auch Aufschluß über die von Moskau vermuteten Motive der chinesischen Politik und die befürchteten Auswirkungen auf die einseitigen Zielsetzungen. Einem der stets wiederkehrenden Vorwürfe zufolge versucht China sich „Westeuropa als eines Werkzeugs im Kampf gegen die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Ländergemeinschaft zu bedienen“⁷⁵), um selbst die Führungsrolle in Europa zu übernehmen. China sei bestrebt, eine Entspannung in Europa zu verhindern und statt dessen „die Spannungsherde auf dem europäischen Kontinent zu konservieren und . . . zu verstärken. Die chinesische Führung

möchte die Festigung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten ... durch eine Wiedererweckung des Geistes des Kalten Krieges ersetzen⁽⁷⁶⁾. Geradezu allergisch reagiert Moskau aber auf alle chinesischen Meldungen über differierende Ansichten zur europäischen Sicherheit zwischen Moskau und den Staaten Westeuropas, beispielsweise Frankreich⁽⁷⁷⁾.

Die erwähnte Haltung Chinas gegenüber der NATO ist Moskau ein besonderer Dorn im Auge. Nicht ohne Sorge wird die Frage gestellt, „ob da nicht (in China) der Wunsch mitspielt ... die NATO und die Länder der Sozialistischen Gemeinschaft gegeneinander zu hetzen, um dann von sicherer Höhe zu beobachten, wie die beiden Tiger raufen⁽⁷⁸⁾“. Seit dem Abschluß der ersten Phase der Sicherheitskonferenz in Helsinki hat die Sowjetunion ihre Kampagne gegen Pekings Politik erheblich intensiviert. Nahezu täglich wird von mindestens einem Presseorgan des Sowjetblocks die chinesische Politik, insbesondere die Europapolitik attackiert. China wird dabei vorgehalten, eine „Allianz mit den Kräften der Reaktion“ in Europa, insbesondere mit der Bundesrepublik, schließen zu wollen, Westeuropa „als Objekt seiner Konzeption von den zwei Supermächten“ zu sehen und „eine Sprache mit der NATO“ zu sprechen⁽⁷⁹⁾. China stört das sowjetische Friedensprogramm für Europa und – was wohl den schwersten Vorwurf überhaupt darstellt – tritt zu einem Zeitpunkt, da die „Führer der NATO immer stärker werdende Forderungen der Öffentlichkeit nach einer Reduzierung der Truppen eindämmen müssen ... für eine Beibehaltung der militärischen Präsenz der USA in Europa ein⁽⁸⁰⁾“.

Zusammenfassend betrachtet spiegelt die Kritik des Sowjetblocks an der Europapolitik Chinas die Gegensätze der Interessenlage beider Staaten in Europa wider und macht deutlich, daß Europa für beide Seiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine bedeutsame Funktion in ihrem Konflikt miteinander einnimmt. Die beiderseitigen Positionen lassen sich dabei wie folgt umreißen:

- Die Europapolitik ist davon bestimmt, daß sie in eine Globalperspektive eingeordnet ist, in deren Vordergrund statt des früheren Antagonismus zwischen sozialistischen Ländern nunmehr der Kampf zwischen den „Supermächten“ und der Dritten Welt steht. NATO wie Europäische Gemeinschaften gelten hierbei als geeignete Werkzeuge des Widerstandes der europäischen „Zwischenzone“ gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“ und sekundär auch gegen die USA. Dieser ideologischen Voraussetzung zufolge handelt Peking konsequent, wenn es eine Vereinte-Front-Politik mit den Staaten Westeuropas anstrebt und fördert.

- Im Vordergrund der Europapolitik der Sowjetunion stehen – im Gegensatz zu den mittelbaren Interessen Chinas – unmittelbare Belange. Moskau geht es letztlich darum, seine Nachkriegsgewinne in Europa zu sichern und darüber hinaus die Anerkennung seines Einfluszbereiches in diesem Raum durch die Westmächte zu erhalten. Die Ziele der sowjetischen Europapolitik in der gegenwärtigen Phase bestehen darin, von Westeuropa und den USA eine Garantie der Nichteinmischung in Angelegenheiten Osteuropas zu erreichen und damit die sowjetische Politik in diesem Bereich – der von den betroffenen Staaten selbst Widerstand entgegengesetzt wird – mit der Unterstützung des Westen zu „legalisieren“.

Letztlich kann die allergische Reaktion Moskaus auf die Kritik aus China – die eben jenen Sachverhalt anspricht – als ein Beweis für die Richtigkeit der chinesischen Vorwürfe gelten, auch wenn China jetzt nur eigene Interessen vertritt. Damit steht auch die gegenwärtige Phase der chinesischen Europapolitik im Zeichen der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion mit der Zielsetzung, die politische Aufmerksamkeit und damit auch seine militärische Präsenz weiterhin in Europa zu binden. Die von China zitierte Wiedergabe einer Äußerung von Englands Außenminister Douglas-Home, in der es heißt, daß „eine Nation sich unsicher fühlt, wenn sie einen Nachbarn hat, der stärker ist als sie selbst, und wenn sie nicht volles Vertrauen in die guten Absichten des Nachbarn haben kann⁽⁸¹⁾“, scheint damit eher Peking als England gesprochen als England.

Europa in der Interessenlage Chinas

Der vorstehende knappe Überblick über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Europa läßt einige Schlußfolgerungen im Hinblick auf die gegenwärtige Zielsetzung gegenüber Europa zu, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Die „neue chinesische Europapolitik“⁽⁷³⁾ seit dem Ende der Kulturrevolution resultiert letztlich aus der von China perzipierten Bedrohung durch die UdSSR und ist am Rahmen der Neuorientierung der Außenpolitik eine mittelbare Reaktion auf die sog. „Breschnew-Doktrin“ der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten. Das Schlüsselereignis dafür war die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR im August 1968.
- Das Ziel der Europapolitik Chinas im Rahmen der Politik gegenüber dem Westen überhaupt ist eine gewisse Absicherung Chinas im Westen durch Beziehungen mit dem Westen.

- Die Befürwortung der Integration Europas wie die Ablehnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz ist für China primär ein Mittel der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion durch die Sowjetunion. Damit wurde Europa zu einem Bereich der sino-sowjetischen Auseinandersetzung schlechthin.
- Die Kriterien der Veränderung der chinesischen Europapolitik und damit der Beziehungen Europas zu China unterliegen nicht dem Willen des einen oder anderen Staates, sondern liegen in der Weiterentwicklung im Konflikt zwischen China und UdSSR.
- Für die weitere Entwicklung der europäisch-chinesischen Beziehungen ergibt sich daraus, daß diese ihre Motivierung letztlich in der gegenseitigen außenpolitischen Interessenlage haben müssen, wenn sie dauerhaft sein sollen.

Zusammenfassend kann daraus die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Volksrepublik China Westeuropa mehr oder weniger als Mittel im Verfolg seiner primär gegen Moskau gerichteten außenpolitischen Interessen betrachtet. Eine China-Euphorie ist daher im Hinblick auf die gegenwärtige Parteinahme Chinas für eine Stärkung Westeuropas nicht angebracht. Vielmehr wäre es eine der vordringlichsten Aufgaben einer „europäischen“ Chinapolitik, China gegenüber klarzustellen, daß die Motivation, die der europäischen Politik von China unterstellt wird – die Zurückdrängung des sowjetischen und amerikanischen Einflusses in Europa – tatsächlich nicht der Motor der europäischen Integration ist. Andererseits ändert dies nichts daran, daß die gegenwärtige Unterstützung und das Engagement, das China der europäischen Sache widmet, durchaus verwendbar im Sinne der Durchsetzung der europäischen Integration und der Stärkung Westeuropas im Rahmen der internationalen Politik darstellt. China, als eine der drei „Supermächte“ (auch wenn es sich selbst nicht dazu zählt) und Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, hat in allen Fragen von weltpolitischer Relevanz ein gewichtiges Wort mitzureden, so daß kein Grund dafür besteht, seine Unterstützung für die eigenen europäischen Ziele abzulehnen – im Gegenteil.

Eine „europäische“ Chinapolitik – bilateral oder im EG-Rahmen – sollte sich also durchaus in einzelnen Punkten zu einem gemeinsamen Vorgehen mit China verstehen. Die Opposition und Kritik der Sowjetunion wäre einer entsprechenden Politik zwar gewiß, doch wäre dies kein Hinderungsgrund für den Verfolg und die Durchsetzung europäischer Zielsetzungen. Daß Europa sich dabei weder vor den Karren der chinesischen Politik gegenüber den „Supermächten“ spannen lassen, noch zum Vehikel einer sowjetischen Amerika- oder einer amerikani-

schen China- und Rußlandpolitik werden darf, sollte sich allerdings von selbst verstehen.

Bei Berücksichtigungen all dieser Faktoren erscheint die gemeinsame Basis zwischen Europa und China gegeben, auch wenn sie nicht allzu groß ist. Es bleibt die Befürwortung einer konstruktiven Kooperation Europas mit China auf der Grundlage der skizzierten gemeinsamen Interessen – ohne Euphorie und übertriebene Hoffnung, aber stets im Verfolg der langfristigen Ziele der europäischen Politik im Rahmen seiner weltpolitischen Position. Damit sind die Beziehungen zwischen China und Europa „Politik zwischen den Supermächten“ in dem Sinne, als sie Beispiel für die Vertretung der nationalen Interessen von Staaten sind, auf der Basis der Unabhängigkeit und Gleichheit der Partner werden können – unter Verzicht auf die politischen Praktiken der „Supermächte“.

*) Der Aufsatz ist die ausgearbeitete Fassung eines am 4. Dezember 1973 in Wien gehaltenen Vortrages und wurde unter teilweiser Verwendung von in anderen Ausarbeitungen des Autors verwendeten Materialien zusammengestellt (Vgl. u. a. China- und Europa-Zeitschrift für Politik 1972/Nr. 4, Europa im Wandel der Interessenlage Chinas, Politische Studien, Nr. 211, 1973/Sept. Okt.).

Anmerkungen:

- 1) vgl. S. Wells, Williams; The Middle Kingdom. New York, 1883, Vol. 2, S. 408–411
- 2) S. Wells, Williams a. a. O., S. 406
- 3) S. Wells, Williams a. a. O., S. 411–429
- 4) S. Wells, Williams a. a. O., S. 427–428
- 5) Die Holländer besetzten 1624 Taiwan und errichteten dort ein Fort, wurden jedoch 1661 von chinesischen Truppen vernichtend geschlagen. (S. Wells, Williams, a. a. O., S. 433–437)
- 6) Burkhart, G. E.; Kleine Missionsbibliothek, Bielefeld und Leipzig, 1880, Band III: Die evangelische Kirche in China und Japan. S. 103
- 7) vgl. Vāth, Alfons; Johann Adam Schall von Bell, SJ-Missionar in China, Kaiserlicher Astronom und Ratgeber von Peking, 1592–1666. Köln, 1933, sowie Lo Shu-fu: Documentary Chronicle of Sino-western Relations (1644–1820). Tucson, 1966, hier S. 3 f., 12 f., 37 f., 44 f.
- 8) vgl. als jüngste Darstellung die von Theodor A. Knust redigierte Ausgabe: Marco Polo: Von Venedig nach China. Tübingen, 1972
- 9) vgl. Reichwein, Adolf; China und Europa. Berlin, 1923, S. 99
- 10) Franke, Wolfgang; China und das Abendland. Göttingen, 1962, S. 54
- 11) vgl. im einzelnen Fabritzek, Uwe G.; Gelber Drache – Schwarzer Adler. Die Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen. München, 1973, S. 58 ff.
- 12) vgl. die Entwicklung der Chinapolitik der Bundesrepublik bei Fabritzek, Uwe G.; Gelber Drache – Schwarzer Adler. a. a. O., S. 189 ff.
- 13) vgl. dazu Löwenthal, Richard; Der Einfluß Chinas auf die Entwicklung des Ost-West-Konfliktes in Europa. Europa Archiv, 1967, Nr. 10, S. 339–350

- 14) Prawda 14. 11. 1954; vgl. Contius, W. G.; Sowjetunion – und die deutsche Frage. Osteuropa, 1955, Nr. 1, S. 38–41
- 15) In diesem Sinne äußerten sich sowohl Grotewohl als auch Bulganin; vgl. Neues Deutschland 3. 12. 54; Dallin, David; Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod. Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1961, S. 200–203
- 16) vgl. dazu im einzelnen Fabritzek, Uwe G.; Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt. Internationales Asienforum, 1971, Nr. 3, S. 333 f.
- 17) vgl. Paasche, John; Mao Tse-tungs Theorie von den Zwischenzonen. Osteuropa, 1965, Nr. 1/2, S. 25–38
- 18) vgl. Fabritzek, Uwe G.; Gelber Drache – Schwarzer Adler, a. a. O., S. 199 ff.
- 19) Diese Partei wurde am 4. 12. 1965 gegründet, vgl. Hsinhua 21. 8. 1968; vgl. Dziejwanowski, K.: Communist China and Eastern Europe. Survey, Nr. 77 (Herbst, 1970) S. 59–74
- 20) vgl. u. a. Peking Rundschau 1968, Nr. 20
- 21) Hsinhua 27. 5. 1969
- u. a. Hsinhua (Daily Bulletin) 21. 2. 1971 sowie 25. 7. 1971
- 23) vgl. dazu die Ausführungen von Edgar Snow in seinem letzten Buch: Die lange Revolution. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1973, hier S. 20–21
- 24) vgl. die Dokumentensammlung von Meissner, Boris; Die Breschnjew-Doktrin. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1969, S. 170–188
- 25) Snow, Edgar a. a. O., S. 20–23, S. 179–190
- 26) Snow, Edgar a. a. O., S. 197 ff.
- 27) Harris, Richard s. Anm. 10
- 28) ders. a. a. O., S. 18–19
- 29) Anthony Eden, Memoiren 1945–1957, Köln, 1960, S. 114
- 30) Harris, Richard a. a. O., S. 20
- 31) Neue Zürcher Zeitung vom 24. August und 27. August 1967
- 32) Neue Zürcher Zeitung vom 23. November 1967
- 33) vgl. China aktuell (Hongkong) 1972/Nr. 3
- 34) François Fejtö, „France and China“ in: Policies Toward China. Views from six Continents, New York, 1965, S. 42–76, hier S. 53
- 35) am 20. 9. 1958; vgl. im einzelnen Fabritzek, Uwe G.; Die Volksrepublik China und der Nahe Osten. Internationales Afrikaforum, 1974/Nr. 1, hier S. 63
- 36) Ders., a. a. O., S. 54; vgl. auch das Buch von Edgar Faure über seine Beise: Le serpent et la tortue, Paris, 1957
- 37) Ders., a. a. O., S. 62; Informationsblätter (der französischen Botschaft Bonn) Nr. 295, 15. 2. 1964
- 38) Präsident Johnson in einem Interview am 15. März 1964 in: The New York Times vom 16. März 1964
- 39) vgl. Le Monde vom 23. Juli 1972, S. 2
- 40) vgl. u. a. Hsinhua 28. 12. 1972
- 41) vgl. NZZ, 19., 20. 9. 1973, NCNA, 17. 9. 1973
- 42) vgl. Fabritzek, Uwe G.; „Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt“ in: Internationales Asienforum 1971, Nr. 3, S. 312–348, hier S. 320–329, sowie ders.: „Deutschland und China“ in: China Report 1973/Nr. 9/10, S. 15–32
- 43) Während der DDR-Botschafter in Peking, Wandel, die Volkskommune noch als „Siege des Marxismus-Leninismus“ bezeichnete, kritisierte sie Chruschtschow offen als „altmodisch“ vgl. Fabritzek, a. a. O., S. 322
- 44) vgl. Spittmann, „Gibt es eine chinesische Fraktion in der SED?“ in: SBZ-Archiv 1964, Nr. 16, S. 248–254, hier S. 252
- 45) vgl. „Chinesen erpressen und spalten“ in: SBZ-Archiv 1964, Nr. 6, S. 83, sowie Fabritzek, a. a. O., S. 321–325
- 46) vgl. Fabritzek a. a. O., S. 318–320
- 47) Diese These vertritt beispielsweise Ernst Majonica in seinem Buch „Bonn-Peking“, Stuttgart, 1971
- 48) Fabritzek a. a. O., S. 330–332
- 49) vgl. dazu die Handelsstatistik in: Länderbericht – Volksrepublik China 1969 in: Allgemeine Statistik des Auslands, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, 1969, S. 88
- 50) vgl. Fabritzek a. a. O., S. 318–320
- 51) vgl. hierzu vor allem die Stellungnahme Pekings zum Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR vom August 1970 in Peking Rundschau (1970) Nr. 38 vom 22. 9. 1970
- 52) vgl. u. a. Hsinhua 22. 5., 6. 6., 18. 10. 1972
- 53) Zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vgl. Peking Rundschau 1972, Nr. 41 sowie Groeling/Fabritzek „Die Normalisierung zwischen Bonn und Peking“ in: Internationales Asienforum 1974/Nr. 1, S. 4–21
- 54) So z. B. Wissenschaftsminister v. Dohnanyi und Innenminister Genscher im November 1973 vgl. Groeling/Fabritzek a. a. O., hier S. 18
- 55) Peking Rundschau 1971, Nr. 22, S. 8
- 56) ebda
- 57) vgl. im einzelnen Fabritzek, Uwe G.: Zum Problem der beiden China. Die Taiwan-Formeln in den Communiqués zur Anerkennung Pekings. In: Osteuropa, 1972/Nr. 1, S. 56–63
- 58) vgl. zur Chronik der Beziehungen Österreich-Volksrepublik China die entsprechende Rubrik in „China Report“
- 59) „Die sechs Mitglieder des westeuropäischen ‚Gemeinsamen Marktes‘ bilden eine Wirtschaftsförderung- und Währungsunion, um der amerikanischen Vorherrschaft zu widerstehen“ in: Hsinhua (Daily Bulletin) vom 21. Februar 1971
- 60) „Brüsseler Freihandelsabkommen ist ein neuer Schritt zur engeren Union der westeuropäischen Länder“ in: Hsinhua (Daily Bulletin) vom 25. 7. 1971
- 61) vgl. u. a. Jen-min Jih-pao, 22. 5. 1972
- 62) Hsinhua (Daily Bulletin) 29. 6. 1971
- 63) vgl. FAZ, 21. 7. 1973
- 64) vgl. u. a. Radio Peking 6. 7. 1971, Hsinhua (Daily Bulletin) 18. 10. 1971, 28. 2., 26. 3. 1972
- 65) Peking Rundschau 1972, Nr. 41, S. 8
- 66) Zeri i populit 29. 8. 1972
- 67) Zeri i populit 15. 7. 1972
- 68) Radio Peking 3. 7. 1973, nach: Summary of World Broadcast, Part 3, The Far East, Nr. 4337 vom 4. 7. 1973
- 69) Hsinhua (Daily Bulletin) 14. 7. 1973
- 70) ebda
- 71) Hsinhua (Daily Bulletin) 15. 7. 1972
- 72) FAZ, 24. 8. 1973
- 73) Zur Haltung Chinas gegenüber der NATO vor der Kulturrevolution vgl. u. a. Peking Rundschau 1964, Nr. 43, S. 20–21, Nr. 52, S. 23 f
- 74) vgl. u. a. Hsinhua (Daily Bulletin) 13. 12. 1972, 5. 1. und 15. 6., ebenso Far Eastern Economic Review (Hongkong) 18. 11. 1972, China Aktuell (Hamburg) Dezember 1972, S. 1–2
- 75) Ussow, J.: Westeuropa und die Politik Pekings, Neue Zeit, Nr. 43 (Oktober), S. 18–19
- 76) Literaturnaja Gazeta 19. 7. 1972
- 77) vgl. u. a. die sowjetische Nachrichtenagentur Tass vom 6. 7. 1972
- 78) Kobrin, Michael, Trifonow, Wladimir: Pekings „Atlantische Trümpfe“. Neue Zeit, 1973, Nr. 2, S. 27–29
- 79) vgl. u. a. Literaturnaja Gazeta 15. 8. 1973, Ivestija 21. 8. 1973
- 80) Prawda 26. 8. 1973
- 81) Hsinhua (Daily Bulletin) 14. 7. 1973

SEIT



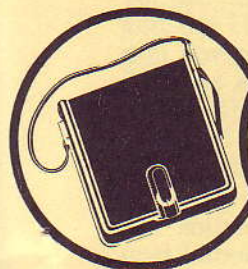
1885

A. FÖRSTER

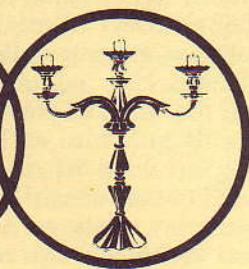
A-1010 WIEN, KOHLMARKT 5/TEL. 525935, 526422

EDLE CHINESISCHE KUNST

CHINA



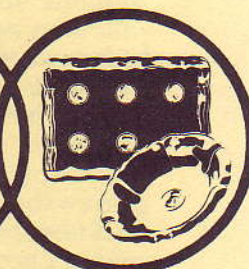
LEDERWAREN



SILBER



MÖBEL



GESCHENKE

Prof. Vivien Pick (geb. Hsü Dschi-siu), Wien
**WIEDERSEHEN MIT MEINEM GE-
 BURTSLAND CHINA**

Die Familienzusammenkunft

Als die Air France Maschine am 31. August 1973 um 20h auf dem Hungtschiao-Flughafen zu Shanghai landete, war alles bereits in Dunkel gehüllt. Während ich gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Vorstandsdelegation des Österreichischen China-Forschungsinstitutes die Maschine verließ und auf die hellerleuchteten Flughafengebäude zuschritt, forschten meine Augen nach etwaigen Angehörigen meiner Familie, die zum Empfang erschienen sein mochten. Tatsächlich gewährte ich bald darauf hinter einem der breiten Glasfenster eine Reihe vertrauter Gesichter – meine Schwestern, eine Tante, Cousinsen ... Auch sie hatten mich erblickt und winkten mir zu. Um das Wiedersehen nach einer Zeit der Trennung von 21 Jahren zu beschleunigen, schritt ich rascher die Stufen empor und betrat die Empfangshalle. Auf den ersten Blick gewährte ich, daß meine Schwestern Tränen in den Augen hatten und daß sie seit dem Abschied vor 21 Jahren etwas rundlich geworden waren. Zwei Nichten, die zur Zeit meiner Abreise kleine Mädchen gewesen waren, erkannte ich nicht und sie mußten mir vorgestellt werden. Da war Hsiaomei, welche ich vor meiner Reise nach Europa für ein Jahr zu mir genommen hatte. Als stilles, ernstes Kind war sie mir in Erinnerung geblieben. Nun stand eine hübsche, dynamische und beredte junge Frau vor mir. Es überraschte mich, daß sie meinerwegen ihr Heim in Dschingdödschen, einem kleinen Porzellan produzierenden Städtchen in der Provinz Kiangsi, verlassen hatte. – Nimmt es doch mehr als 15 Stunden in Anspruch, um von dort mit Bus und Zug Shanghai zu erreichen. „Mein Mann ist auch mitgekommen!“ erklärte sie eifrig. „Unsere beiden Dienststellen meinten, wir sollten es nicht versäumen, dich zu sehen und haben uns besonders bezahlten Urlaub gewährt.“ Da unsere Delegation zum Aufbruch rüstete, beendigte ich das Gespräch und lud meine Geschwister und ihre Familien für den nächsten Tag in mein Hotel ein, um dort ein Familientreffen abzuhalten. Meine Tante setzte hinzu, sie würde am darauffolgenden Tag mir zu Ehren ein Bankett geben, wo ich ihre Angehörigen treffen könnte.

Große Familientreffen waren bereits vor der Befreiung nicht mehr so häufig. Anlässlich von Hochzeiten und Begräbnissen pflegte man bei uns nur mehr einen Familienvertreter zu entsenden. Mein Besuch in China bildete aber eine Ausnahme. Vier Schwestern, mein Bruder mit fast seiner ganzen Familie und drei Enkelkinder hatten sich in Shanghai eingefunden. Mein Bruder bewohnt noch den älteren Wohntrakt unseres ehemaligen Anwesens östlich des Huangpu-Flusses. Er berichtete, es sei vom Parteisekretär seiner Kommune sehr begrüßt worden, daß die ganze Familie komme, um mich zu begrüßen.

„Bist du wie in den alten Tagen mit dem Lokalzug in die Stadt gekommen?“ fragte ich. „Oh nein“, antwortete er, „es ist seitdem eine Autostraße gebaut worden und ein Bus bringt uns direkt zur Haustüre. Wir haben nun auch elektrisches Licht und Telefon.“ Auf meine Frage nach dem Leben im Dorf meinte er: „Wir haben kontinuierliche Fortschritte zu verzeichnen. Das neue Haus, das Vater erbaut hat und das später wir bewohnt haben, beherbergt seit etwa zehn Jahren eine landwirtschaftliche Mittelschule. Mein jüngster Sohn hat diese Schule vor einigen Jahren absolviert und ist nun bereits in der Produktion tätig. Teilweise konnte die landwirtschaftliche Arbeit bereits mechanisiert werden und die Erträge sind nun viel höher als vor der Befreiung. Heuer hatten wir wieder eine überdurchschnittliche Ernte.“

Die Gegend, aus der meine Familie stammt, war auch früher nicht allzu arm. Die Ernteerträge differierten jedoch sehr zwischen den einzelnen Feldern und z. B. eine reiche Kürbisernte war stark von rechtzeitigen Regenfällen abhängig. Früher lebten die Bauern außerdem auch wegen ihrer Unkenntnis auf dem Gebiete der Schädlingsbekämpfung in ständiger Angst, ob sich der Fleiß ihrer Hände auch lohnen würde. Offensichtlich war in unserer Gegend auf dem Gebiet der Bewässerung und der Aufklärung der Landbevölkerung viel geschehen und gerne hätte ich meinem ehemaligen Heimatdorf einen Besuch abgestattet. Die Zeit reichte jedoch nicht. Ich hatte meinen Familienangehörigen Aufmerksamkeit zu schenken. Da ich das ältestgeborene Kind meiner Familie bin, betrachteten sie mich immer noch als Familienoberhaupt und natürlich waren sie begierig, mir die wichtigsten Neuigkeiten und Veränderungen zu erzählen. Vier von den Kindern meines Bruders sind schon verheiratet und haben bereits selbst Kinder. Zwei von ihnen arbeiten in anderen Provinzen. Was das Alter betrifft, so haben einige der jüngeren Mitglieder meiner Familie Ende zwanzig geheiratet, ein Mann mit fünfundzwanzig und ein Mädchen mit achtzehn. Selbstverständlich interessierte es mich, wie sie ihren Partner gewählt hatten und wie es um ihre Lebensbedingungen bestellt war.

Es war festzustellen, daß die Klassenzugehörigkeit heute bei der Partnerwahl eine wesentliche Rolle spielt. Am meisten begehrt ist ein Kader, nach ihm rangieren Arbeiter sowie arme und untere Mittelklassebauern. Mitglieder früherer Gutsbesitzer- oder Kapitalistenfamilien werden allgemein als nicht sehr attraktiv angesehen. Hsiaomei wurde wegen ihrer ehelichen Verbindung mit einem Kader bewundert, der übrigens ein wirklich netter und intelligenter junger Mann war. Dagegen bedauerte man ihre Schwester, die einen früheren reichen Bauern geheiratet hat – und die Entscheidung der Jüngsten meines Bruders, den Sohn einer früheren Kapitalistenfamilie zu heiraten, stieß in der Familie allgemein auf Ablehnung. Der Älteste meines Bruders ist mit einer Textilarbeiterin verheiratet und eine meiner Schwestern hat einen Bauarbeiter als Lebensgefährten, der 80

yuan monatlich verdient – so viel wie der Mann einer anderen Schwester heute als Opernregisseur verdient oder der schon erwähnte älteste Sohn meines Bruders als Ingenieur in einer Keramikfabrik. 75 yuan verdienen meine jüngste Schwester als Sprachlehrerin in einem hydraulischen Institut und ihr Mann als Ingenieur in einer Werft. Eine andere Verwandte, die seit dreißig Jahren als Oberschwester arbeitet, erhält 100 yuan. Ein Onkel, der früher Eigentümer einer Fabrik gewesen ist, bezieht heute als Direktor dieser Fabrik 110 yuan. Die Bezüge für Hochschulabsolventen scheinen so geregelt zu sein, daß sie während einer Probezeit von drei Jahren über 40 yuan verdienen, danach 56 yuan, die dann je nach Verhalten und Leistung gesteigert werden.

Im allgemeinen scheint die Bemerkung gerechtfertigt, daß ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem gemeinsamen Einkommen von etwa 100 yuan recht gut leben kann, da die Ausgaben für den täglichen notwendigen Bedarf sehr niedrig sind. Miete, Essen und Kleidung für eine Person erfordern in der Regel nicht mehr als 20 yuan pro Monat. Gewisse Schwierigkeiten können meiner Meinung nach dann auftauchen, wenn eine Person in der Familie für längere Zeit krank wird. Gewiß, die medizinische Betreuung ist frei, doch wird der Lohn um die Hälfte gekürzt. Daher kommt es etwa vor, daß Tuberkulose darauf drängen, im Arbeitsprozeß weiter zu verbleiben und das Entgegenkommen ihrer Dienststellen erlaubt ihnen dann, leichtere Arbeit zu verrichten. Auch das Problem der Altenversorgung bereitet heute noch in China manches Kopfzerbrechen. Alte und gebrechliche Eltern erwarten sich auch heute noch von ihren Kindern Fürsorge und finanzielle Unterstützung. Dies wirft in der Regel dann keine Probleme auf, wenn man im selben Haus lebt und die Großeltern auf die Kinder der berufstätigen Eltern achten. Leben aber die Kinder weit verstreut in anderen Provinzen, so sind Betreuung und finanzielle Unterstützung nicht so leicht durchzuführen. Das alte Sippensystem existiert nicht mehr. Die Verpflichtung des Sohnes der Familie gegenüber ist nicht so wichtig wie seine Verpflichtung dem Staat gegenüber. Selbstverständlich ist man bei den chinesischen Behörden grundsätzlich der Meinung, daß die Kinder ihre mittellosen Eltern unterstützen sollten, doch halten sie es offensichtlich nicht für opportun, zwangsweise und reglementierend einzugreifen. Da andererseits die Mitglieder der ländlichen Kommunen nicht so wie die Arbeiter eine Pension beziehen, hängen sie bei allem, was über das garantierte Lebensminimum hinausgeht, von der Anhänglichkeit ihrer Kinder ab. Ich erblicke darin ein starkes Motiv für die ländliche Bevölkerung, sich gegen die für China unbedingt notwendige Geburtenkontrolle zu stellen, da man in der Regel annimmt, unter fünf oder sechs Kindern würden doch ein oder zwei sein, die sich einst um die betagten Eltern kümmern würden.

Im Gespräch mit meinen Verwandten konnte ich dann noch einige weitere Details des heuti-

gen Lebens in China beobachten oder erfragen. Zuerst einmal sprang natürlich die Kleidung ins Auge. Meine Schwestern trugen einfarbige helle Blusen zu dunkelfarbigem Hosen. Der Schnitt war recht hübsch und auf meine Frage antworteten einige, sie hätten sich diese Kleidungsstücke aus modernen, in China hergestellten Chemiefaserstoffen selbst genäht, während eine sich ein ähnliches Modell gekauft hatte. Die Stoffzuteilungen wurden von allen als ausreichend empfunden. Dies galt auch für die Reiseration. Ich hörte, daß die Reiserationen unter Berücksichtigung der Art der geleisteten Arbeit ausgegeben werden. Ein Fabriksarbeiter erhält mehr als Pensionisten oder Kinder. Es ist aber auch möglich, Koupons an andere weiterzugeben.

Am darauffolgenden Tag traf ich in einem anderen Hotel – dem für Überseechinesen – Tante und Onkel und deren Familienmitglieder. Mein Onkel hatte der Klasse der nationalen Kapitalisten angehört. Als seine Fabrik verstaatlicht wurde, behielt er seinen Posten als Direktor und erhielt jedes Jahr 5% seiner Investitionen zurück. Von Zeit zu Zeit leistete er zur Förderung seiner Umerziehung gemeinsam mit den anderen der Belegschaft manuelle Arbeit. Die Rückzahlung der Investitionen ist während der Kulturrevolution beendet worden. Trotzdem schien mein Onkel in bester Stimmung zu sein und ich fand ihn viel umgänglicher als früher. – Damals hatte er als echter pater familias agiert, der selten mit Jüngeren sprach und von Dunkelhaftigkeit nicht frei war. Nunmehr schien er mir „menschlicher“ als früher zu sein. Er plauderte freundlich mit mir und als ich meinte, es sei doch nicht nötig gewesen, für mich ein Bankett zu geben, warf meine Tante ein: „Es ist eine besondere Ehre für uns, ausländische Besucher empfangen zu dürfen. Unsere Verwandten und Freunde leben überall in der Welt verstreut. Sie mögen alle kommen, um das neue China zu sehen.“

Die Reiseeindrücke

Über den Verlauf der Reise und die besuchten Städte wurde bereits in der letzten Nummer dieser Zeitschrift Auskunft gegeben. Gestatten Sie mir daher, die Eindrücke, die ich als Chinesin empfang, in sehr persönlicher Weise durch die Wiedergabe von zwei von mir damals im klassischen chinesischen Stil verfaßten Gedichten zum Ausdruck zu bringen.

Gedanken über die Große Mauer

In Drachenwindung hingelagert
 – Zehntausend Meilen weit geschichtet –
 Von alters her die Große Mauer:
 Zur Wolkenferne ausgerichtet.
 Erlöschen sind der Wachen Brände.
 Die Überfälle sind beschwichtigt.
 Der Staub, von Hunnen aufgewirbelt,
 Ist längst verweht. Ist längst verflüchtigt.
 Die Hirtenpferde rasen fliehend

Und toben in den Weidegründen.
Jenseits der Mauer, herrlich grünend,
Ist frisches, junges Gras zu finden

长 城

万里龙游重岭间,
苍茫千古傲云天,
烽烟劫尽胡尘断,
牧马迴奔塞草鲜.

Tor des Himmlischen Friedens

Nach der Melodie: „Eine glückliche Begegnung“.
Im originalen Reim eines Gedichtes von Li Yü*).

Aufblickend zu den Gebäuden auf der Palastmauer ...

Ziegel gelb. Die Mauer mattrot.
Tausend Herbste funkelt Pracht.
Plündernde Zerstörung endet.
Dämon selbst bleibt ohne Macht.
Keine Furcht mehr in Gemütern:
Selbst wenn wilder Regen fällt,
Selbst wenn Hagelsturz, Gewitter,
Blitz und Donner dröhnend gellt!

*) Li Yü (937–978) war der letzte Kaiser der südlichen Tang-Dynastie und ist als Dichter und Komponist berühmt geworden.

天安门

(调寄「相见欢」,步李煜原韵.)

晴空仰望城楼,
画簷钩,
黄瓦红墙光灿照千秋.

狼烟断,
残魔乱,
再不愁
雷雨飏磁雷电打当头.

Übertragungen aus dem Chinesischen: Edith Czech

Prof. Direktor Wilhelm Mrazek, Wien

Schätze aus China – zur Ausstellung

ARCHÄOLOGISCHE FUNDE AUS DER VOLKSREPUBLIK CHINA

im Österreichischen Museum für angewandte Kunst

Was die Wiener zum erstenmal sehen werden.

Diese Ausstellung, die im Sommer 1973 in Paris und im Winter 1973/74 in London gezeigt wurde, wird, bevor sie nach Stockholm und nach Übersee geht, für acht Wochen in neu adaptierten Räumen des Österreichischen Museums für angewandte Kunst zu sehen sein.

In Paris wie auch in London war sie die Sensation der Ausstellungssaison, Hunderttausende von Kunstinteressierten sahen erstmals außerhalb Chinas die Grabungsergebnisse der chinesischen Archäologen, die seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 in zwanzigjähriger Tätigkeit gefunden wurden.

Die 385 Exponate umfassen Objekte von einmaligem historischen und künstlerischen Rang. Sie stammen aus den Zeiten der »Urgesellschaft« (600.000 bis 2.000 v. Chr.), der »Sklavenhaltergesellschaft« (2.100 bis 475 v. Chr.) sowie der »Feudalgesellschaft« (475 bis zum 14. Jh. n. Chr.). Unter diesen Schätzen gibt es Exponate, die faszinierende Dokumente darstellen, wie zum Beispiel der Schädel des Urmenschen von Lan-t'ien sowie das Prunkstück der Ausstellung: das Leichenkleid der Prinzessin Tou Wan, der Frau des Prinzen Liu Sheng von Chung-Shan, das aus 2.156 mit Golddraht zusammengehefteten Jadeplättchen besteht, deren Schattierungen von zartem Grün bis Weiß reichen. Als es 1968 aufgefunden wurde, war zwar der

umhüllte Körper zu Staub zerfallen, das Leichenkleid jedoch vollständig erhalten geblieben.

Außerordentliche Bedeutung kommt einer Gruppe von Pferden und Kampfwagen zu, die aus dem Grab eines Generals der Han-Zeit in Wu-wei, Kansu stammen (2. Jh. n. Chr.). Die zahlreichen Bronzestatuetten umfassen 39 Pferde, 14 Kampfwagen, 17 Reiter und 20 Diener. Als man sie fand, waren sie noch in militärischer Formation aufgestellt. Das Hauptstück ist hier das sogenannte fliegende Pferd aus Kansu, eine ungemein lebendige und dynamische Darstellung eines Ferghana Pferdes in vollem Gallop, das nur mit einem Huf auf dem Rücken einer fliegenden Schwalbe aufsitzt.

Neben diesen Hauptstücken, denen nichts Vergleichbares in den bekannten Sammlungen der Welt gegenübergestellt werden kann, verkünden auch die übrigen Exponate von dem außerordentlich hohen Stand der chinesischen Kunst. Zahlreiche Gefäße und Geräte für die rituellen Zeremonien sowie für den Alltag in den Materialien Ton, Bronze, Eisen und Silber, Stein und Porzellan sowie Skulpturen, Textilien und Malereien künden von der vollkommenen Bewältigung aller Materialien und von perfektester Technik, gepaart mit höchstem künstlerischen Gestaltungsvermögen.

Das Konzept und die Gestaltung der Ausstellung.

Diese Ausstellung ist zum Zwecke der Entwicklung der guten Beziehungen und des Kulturaustausches der Republik Österreich und der Volksrepublik China veranstaltet. Sie steht unter der Devise, die ihr der Vorsitzende Mao Tse-tung mitgegeben hat und die dem Katalog vorausgestellt wurde: „Die Vergangenheit möge der Gegenwart dienen“.

Die Gestalter der Ausstellung waren daher bestrebt, die Würde und Bedeutung dieses einzigartigen historischen Erbes einer großen Kulturturnation zu wahren und nicht durch vordergründige inszenatorische Effekte zu beeinträchtigen.

Der Rundgang der Ausstellung wurde so angelegt, daß auf eine allgemeine Einstimmung in die chinesische Welt im großen Säulenhof die Exponate in chronologischer Abfolge angeordnet sind. Diese Abfolge ist in 35 Gruppen aufgeteilt, die sich aus den örtlichen oder zeitlich-dynastischen Gesichtspunkten ergaben. Zahlreiche Hilfsobjekte, Großfotos und Pläne, dienen der Verdeutlichung. Ein Katalog mit Farbtafeln und zahlreichen Schwarzweißabbildungen sowie orientierenden Texten wird aufliegen. Die Ausstellung ist ab 23. Februar bis 20. April 1974 jeden Tag von 10 bis 20 Uhr geöffnet.

Ernst Dieter Schmickler, Bonn

CHINAS „LANGER MARSCH“ IM WELTS-SPORT HAT BEGONNEN

Im langen Marschieren geübt, nahmen die Sportpolitiker der Volksrepublik China die „Asien-Games-Hürde“ sozusagen im Hammelsprung. Das Ergebnis der Abstimmung um die Zulassung der Volksrepublik China zu den 7. Asienspielen vom 1. bis 16. September 1974 in der persischen Hauptstadt Teheran war eindeutig: 38 Ja-, 13 Neinstimmen und 5 Enthaltungen öffneten dem volkreichsten Land der Erde nicht nur den Weg für eine Präsenz im asiatischen Sport. Diese Entscheidung, die eigentlich kaum überraschen konnte, wirkte dennoch auf die Führungsgremien der internationalen Sportföderationen, insbesondere des Internationalen Olympischen Komitees wie eine Katastrophe. Der Überraschungseffekt war offenbar in der Fehleinschätzung begründet, die IOC-Vizepräsident Willi Daume nach seiner Chinareise im April dieses Jahres uneingeschränkt erkannt hatte. Daume: „Aber daß ich mich dafür einsetzen werde, im Rahmen der bestehenden Regeln, Satzungen und internationalen Gepflogenheiten sowie den persönlichen Beziehungen, der Volksrepublik China zu helfen, so bald wie möglich in der gesamten Breite des internationalen Sports einen Platz einzunehmen, ist ganz sicher, dies erwartet man in China auch zu Recht von mir.“ Dem Vorwurf schwärmerischer China-Utopien entzog sich der deutsche Olympiapräsident mit dem Hinweis: „Man wird Geduld haben müssen. Die Chinesen haben sie. Und man muß, wenn man hier Erfolg haben will, mit sehr viel Einfühlsamkeit auf asiatische Mentalität Rücksicht nehmen.“

Der Canossa-Gang für die Sportvertreter von Taiwan zeichnete sich im asiatischen Bereich massiv ab, als das Exekutivkomitee für die Asienspiele 1974 beschloß, eine außerordentliche Vollversammlung einzuberufen und seine Entscheidung zugunsten der Volksrepublik China besiegeln zu lassen; die Exekution der taiwanesischen Mitgliedschaft wurde vollzogen. Die Haltung der Asien-Games-Federation reiht sich nahtlos in Erfolge der Pekinger Sportführung ein. So wurde im Mai 1972 eine Neugründung der Asiatischen Tischtennisunion vorgenommen. Die Volksrepublik China wurde Mitglied, Taiwan blieb auf der Strecke. Bevor Rumänien und Japan beim X. Olympischen Kongreß Ende September/Anfang Oktober 1973 die Forderung nach einer umfassenden Wiedereingliederung der Volksrepublik China in den Wertsport erhoben, tat sich die japanische Sportführung als treuer Vorreiter der benachbarten chinesischen Volksrepublik hervor.

Spätestens seit der 71. Session des IOC im September 1971 in Luxemburg hatte der erst 1970 ins IOC berufene Olympiavertreter Taiwans, Henry Hsu, Sorge, ob er bei der nächsten IOC-Versammlung nicht schon seinen Sitz zugunsten eines „Großen Bruders“ aus Peking räumen muß. Die heftigsten Verfechter für einen „Austausch“ der chinesischen Weltsportpräsenz haben die volksrepublikanischen Chinesen nicht etwa in den Ländern kommunistisch-sozialistischer Prägung. Eine Ausnahme bildete lediglich Rumänien. Vielmehr gab es Verständnis für Peking in den meisten der sogenannten Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dort hat die Volksrepublik China den Boden gut bearbeitet, um reiche Frucht zu tragen. Am 6. September dieses Jahres klang am Platz des „himmlischen Friedens“ in Peking das „asiatisch-afrikanisch-lateinamerikanische Tischtennis-Freundschaftsturnier auf Einladung“ aus. Mehr als 1100 Teilnehmer aus 86 Ländern feierten in Peking Tischtennisfreundschaft auf chinesisch. Dies alles spielte sich auch ohne das Patronat des Welttischtennisverbandes ab.

Heute haben die meisten westeuropäischen Länder, wie Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, England oder Schweden im Gegensatz zur UdSSR oder DDR, relativ gute Sportbeziehungen zur Volksrepublik China. Zu einem völligen Stillstand ist es in den letzten 15 Jahren zwischen den Sportorganisationen der Volksrepublik China und den kommunistisch-sozialistischen Ländern in Ost- und Südeuropa unter der Führung von Moskau gekommen. Ausgenommen sind hier nur Rumänien, Jugoslawien und die „ideologischen Mao-Söhne“ in Albanien. Die Rivalität zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China macht vor dem Sport nicht halt. Pekings Hochsprung-As Ni Chi Chin meinte 1970 vor seinem 2,29-Meter-Sprung: „In meinem Zimmer steht ein Bild von Valerie Brumel. Jeden Tag warf ich einen Blick darauf und schwor mir: eines Tages werde ich dich schlagen.“ Im Frühjahr 1959 hatten die sowjetischen IOC-Mitglieder Andrianow und Romanow noch von dem damaligen IOC-Präsidenten Avery Brundage gefordert, er solle die Wiederzulassung der Volksrepublik China zu den Olympischen Spielen auf die Tagesordnung der 55. IOC-Session im Mai 1959 in München setzen. Freundlich klangen auch die Töne für den chinesischen Sport einst aus Ostberlin. Nach einem Studienaufenthalt in Peking erklärte 1957 die mitteldeutsche Leichtathletin Irene Schuch-Stechemesser: „Diese 13 Monate in China waren ein Erlebnis für mich, das zu den schönsten meines Lebens zählt. Ich wurde dort oft wegen meiner Leistungen bewundert. Aber ich glaube, wir Aktiven in der Deutschen Demokratischen Republik sollten auch unsere chine-

sischen Freunde in gewisser Hinsicht bewundern und ihnen nacheifern: im Trainingsfleiß nämlich, dem vielleicht wichtigsten Faktor für die Entwicklung der Leichtathletik auch bei uns.“

Eine Sportbegegnung zwischen Ostberlin und Peking gab es zuletzt 1959. Damals reiste eine als FDJ-Gruppe deklarierte Schwimm-Mannschaft zu den „politischen Freunden“ nach China. Eine FDJ-Abordnung deshalb, weil der Schwimmverband der Volksrepublik China auch damals noch nicht dem internationalen Verband angehörte. Es gibt keinen Zweifel daran, daß es auch im Interesse einer soliden internationalen Sportpolitik der Bundesrepublik Deutschland liegt, daß die Volksrepublik China wieder umfassend im Weltsport mitwirkt. Im sportlichen Bereich profitierten die Sportorganisationen der Bundesrepublik Deutschland von der Tatsache, daß Bonn keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhalten hat. Tischtennisbegegnungen, Eishockeyspiele, der Besuch einer chinesischen Sportexpertendelegation in Deutschland, die Reisen von NOK-Präsident und IOC-Vizepräsident Willi Daume, IOC-Mitglied Berthold Beitz sowie den Bundesministern Dr. Klaus von Dohnanyi und Hans-Dietrich Genscher in die Volksrepublik China unterstreichen die günstige Ausgangslage für die Weiterentwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen. Tatsächlich geben sich die formell noch „unolympischen“ Chinesen in der für die Deutschen prinzipiellen Berlin-Frage regelrechter und olympischer als etwa die widerborstigen Sportpolitiker in Ostberlin oder Moskau. Die Pekinger Devise von der Untrennbarkeit eines Volkes ist so gesehen für die Bundesrepublik Deutschland wohltuend, für die DDR-Führung ein ideologisches Unterlaufen ihrer Abgrenzungsstrategie gegenüber dem westlichen Deutschland. Spätestens seit dem chinesisch-amerikanischen Sport-Politfrühling im April 1971 wurde deutlich, daß die Volksrepublik China die weltweite Sportrepräsentanz des chinesischen Sports nicht mehr der „Provinz“ Taiwan überlassen will.

Nach dem Durchbruch in der „Asien-Games-Federation“ wird am Ende der ersten Dezemberwoche dieses Jahres erheblich mehr Klarheit darüber herrschen, mit welchen Perspektiven im Internationalen Olympischen Komitee und den olympischen Fachverbänden zum „Thema China“ zu rechnen ist. Offizieller Anlaß für das Meeting der IOC-Führung (Präsident Lord Killanin und seine Vizepräsidenten) mit den Vertretern der Sportfachverbände ist die beim X. Olympischen Kongreß und der 74. Session in Varna beschlossene Neufassung des Olympischen Amateurparagraphen 26. Doch zweifelsfrei ist, daß die Führer der Weltsportorganisa-

tion nicht nur über Amateure, sondern auch über die Chinesen beraten werden.

Im Schatten der angedrohten Sanktionen des Weltfußballverbandes (FIFA), des Leichtathletikverbandes (IAAF) und des Schwimmverbandes (FINA) gegenüber den Ausrichtern der Asienspiele 1974 müssen sich die Sportfunktionäre darüber im klaren sein: ein Zurück gibt es nicht. „Die Zeit arbeitet für die Volksrepublik China“, resümiert Willi Daume, der die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Welt-sportorganisationen und der Volksrepublik China maßgeblich beeinflusst. Die Problematik liegt eindeutig in der Kernfrage, daß sich die Volksrepublik China in der Taiwanfrage sportpolitisch nicht unter den Status drängen lassen will, den ihr die Vereinten Nationen zugestanden haben. Andererseits kann es nicht Aufgabe der Welt-sportorganisationen sein, qualitative Entscheidungen über staats- und völkerrechtliche Fragen zu treffen. Ein Fehler war es sicherlich, daß sich die Volksrepublik China 1958 aus dem IOC zurückzog. Fraglos durch eine Phase der Welt-politik tangiert, die die Vereinigten Staaten von Amerika inzwischen längst korrigiert haben. Zwar ist es richtig, daß das IOC keine Staaten, sondern Komitees anerkennt, die bestimmte „Territorien“ im olympischen Sinne verwalten. Genauso verständlich ist aber die Reaktion der Chinesen gegenüber dem langjährigen IOC-Präsidenten Avery Brundage gewesen, dem die Chinesen die Aussage unterstellen: „Die Taiwanesen sind keine Chinesen.“

Auf die deutsche Situation bezogen, so kommentiert man bei der chinesischen Sportführung und Diplomatie, hätte dies bedeutet: die DDR-Bevölkerung sind keine Deutschen. Beweglicher und realistischer als Brundage gibt sich IOC-Präsident Lord Killanin. Er traf sich inoffiziell mit dem Generalsekretär des Allchinesischen Sportverbandes, Sung Chiung, am Rande der Panafrikanischen Spiele im Januar 1973 in Lagos/Nigeria. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem neuen Verhältnis IOC-Volksrepublik China. Willi Daume und sein olympischer Genosse Bertold Beitz vertreten übereinstimmend die Auffassung, die Zeit für einen Neubeginn sei reif und notwendig, wenn das IOC und die internationalen Sportorganisationen ihren weltumfassenden Anspruch verwirklichen wollten. Wie sehr die deutschen IOC-Mitglieder Recht haben, läßt sich auch durch ein Studium der IOC-Akte „China“ unterstreichen.

Als der Bruch IOC-Volksrepublik China vollzogen war, schrieb das IOC am 5. September 1958 an die „Herren Mitglieder des IOC, Nationalen Olympischen Komitees, Internationale Fachverbände, Presse“ eine Klarstellung, die sich auszugsweise so liest: „Die Anerkennung des zweiten chinesischen Olympischen Komitees

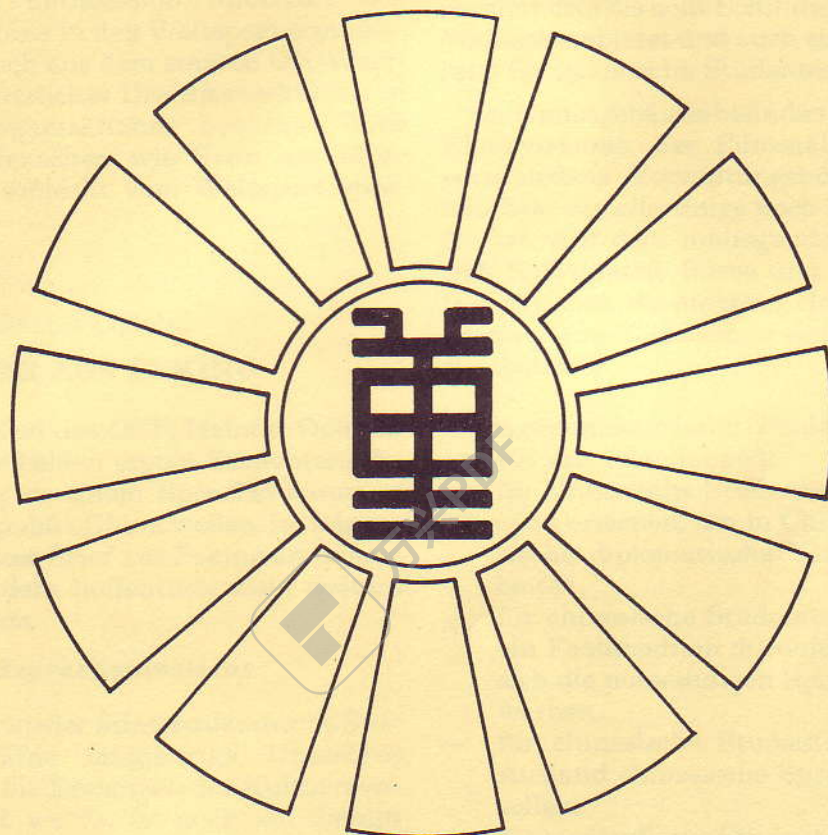
in Peking wurde erst auf der Sitzung in Athen am 15. Mai 1954 mit einer sehr geringen Mehrheit (32 gegen 21 Stimmen) ausgesprochen. Warum? Weil das Komitee in Peking zur Vertretung seiner Kandidatur beim IOK mehrere Jahre lang politische Vertreter (Botschaftsattachés u. a.) an Stelle von Sportlern schickte. Diese politische ‚Agenten‘ (es war leicht, das zu erkennen) hatten keine Ahnung vom Sport und noch weniger von der olympischen Idee. Wir wollen nicht auf Einzelheiten gewisser Diskussionen politischer Natur eingehen, die diese ‚Agenten‘ dem IOK aufzudrängen versuchten.“ Die Widersprüchlichkeit dieser damaligen IOC-Haltung wird auch dadurch deutlich, daß heute das IOC tatsächlich ein Tummelplatz von Staatsbeamten oder Politikern im Ministerrang als IOC-Mitglieder geworden ist. Gegenwärtig ist die Volksrepublik China Mitglied der internationalen olympischen Verbände im Rudern, Eishockey, Eisschnellauf und Bogenschießen. Bei den Fecht-, Reit- und Kanusportorganisationen liegen inzwischen Bewerbungen der Volksrepublik China vor.

Die angedrohten Sanktionen der Schwimmer-, Leichtathleten- und Fußballführer sowie der Killanin-Hinweis, das Patronat des IOC für die Asienspiele 1974 in Teheran sei in Gefahr, hält Daume für ziemlich untaugliche Mittel, um das Netz von Fehleinschätzungen und Irrtümern zu entflechten. Tatsächlich war das IOC-Patronat für die 7. Asienspiele längst vor der Entscheidung zugunsten der Volksrepublik China in Frage gestellt. Beispielsweise ist der Katalog der Sportarten (wie Tischtennis) keineswegs uneingeschränkt olympisch. Daume taktiert eindeutig offensiv und will nicht warten, bis das Chinapaket durch die Anerkennung in einer fünften olympischen Sportart – als Voraussetzung für eine NOK-Berechtigung Pekings – dem IOC wie ein Molotow-Cocktail ins Haus fliegt. Das IOC kann den chinesischen Sportführern in Peking und Taiwan zwar seinen friedlichen Tisch Olympias anbieten, hierfür dürfte die Zeit allerdings noch nicht reif sein. Auf der Grundlage, daß sich die Volksrepublik und Taiwan gegenseitig nicht als Ausland ansehen, handelt es sich bei der Chinafrage eindeutig um eine innerchinesische Angelegenheit. Ein Beweis dafür ist auch die Haltung der Pekinger Sportorganisationen, die zu ihren Meisterschaften die „Brüder und Schwestern“ von Taiwan einladen.

Prinzipien sind bekanntlich dann wenig sinnvoll, wenn sie jeden Kompromiß ausschließen. Dies begreift man langsam auch bei der IOC-Führung, wie Vizepräsident Willi Daume zu erkennen gibt. So könnte das IOC Fairneß und Zeitgeist miteinander verbinden, wenn es möglicherweise die olympisch zuständigen Sportorganisationen der Volksrepublik China und von

蓮花樓

CHINESISCHES RESTAURANT
KANTONESISCHE SPEZIALITÄTEN



LOTUS HAUS

JASOMIRGOTTSTRASSE 3
1010 WIEN, Telefon 63 55 77

Geöffnet täglich von: 12-15 Uhr
18-24 Uhr

Taiwan auffordert, in einem gewissen Zeitraum Vorschläge für die „gesamtchinesische Repräsentanz“ im Weltsport zu machen. Zumindest nach der Entscheidung in der Asien-Games-Federation und der sich abzeichnenden Entwicklung zugunsten der Volksrepublik China dürfte auch die Sportführung von Taiwan dieses Ansinnen nicht rigoros ablehnen. Eine solche Haltung könnte offenkundig machen, daß der weltpolitische Blick der IOC-Führung über die fünf olympischen Ringe hinaus reicht. Der friedliche Olymp ist in unserer Welt eben nur ein Operettentraum. Eine umfassende Mitarbeit der Volksrepublik China in den Weltsportorganisationen könnte auch aus dem starren Ost-West-Gegensatz ein nützliches Dreiecksverhältnis in den Weltsportorganisationen bewirken. Wer 800 Millionen Menschen wie Sand am Meer ignoriert, kann schlecht vom Weltsport sprechen.

Helmut Opletal

BRIEFE AUS PEKING

Unser Mitglied des ÖCF, Helmut Opletal, ist einer der beiden ersten Studenten, die gegenwärtig zu einem Sprachstudium in der Volksrepublik China weilen. Im folgenden sein erster Brief aus Peking an unsere Redaktion, dem hoffentlich viele weitere folgen werden.

Das neue Fremdspracheninstitut

Peking besitzt wieder seine ausländische Studentenkolonie. Eine langjährige Unterbrechung, die durch die Ereignisse der Kulturrevolution verursacht wurde, ist auch auf diesem Sektor beendet und im Rahmen des Neuaufbaus des Hochschulwesens in der Volksrepublik China erhielt auch das (ehemalige) Pekinger Fremdspracheninstitut ein neues Gesicht.

Das Institut, an dem seit Mitte der sechziger Jahre keine Ausländer mehr studiert hatten, übersiedelte aus den westlichen Vororten Pekings nach Norden auf das Gelände der ehemaligen Bergbauhochschule in der Nähe der Qinghua-Universität. Teils mit den alten Lehrern, zum Teil auch mit jungen Kräften wurde im Februar 1973 das Pekinger Spracheninstitut (Beijing Yuyan Xueyuan) eröffnet, wo im Sommer auch zum ersten Mal ausländische Studenten aus einigen Entwicklungsländern eintrafen. Neben zahlreichen Staaten aus der Dritten Welt und befreundeten Ländern in Südostasien wurden unter anderem auch Japan, Kanada, Australien, Albanien, Rumänien und Jugoslawien und eine Reihe west- und nordeuropäischer Staaten eingeladen, Studenten nach Peking zu entsenden. Schon Ende 1973 waren etwa 300 Ausländer an der Hochschule, zusammen

mit rund 200 chinesischen Studenten, die westliche Sprachen erlernen (Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch).

Das Hochschulgelände, das sich etwa 15 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt schon in ländlicher Umgebung befindet, umfaßt neben dem Hauptgebäude noch die Studentenunterkünfte in drei Blocks (zwei für Studenten, einer für Studentinnen und Ehepaare), die alle erst 1973 neu adaptiert wurden und ausschließlich Zweibettzimmer besitzen, und eine Mensa, die chinesische und ausländische Kost umgerechnet drei bis acht Schilling pro vollständiger Mahlzeit anbietet und auch eine spezielle Abteilung für islamische Studenten besitzt.

Im Hauptgebäude befinden sich vor allem die Klassenräume, der Filmsaal, eine Turnhalle, verschiedene Verwaltungsbüros und eine Bibliothek, die allerdings noch im Aufbau begriffen ist. Auf dem umliegenden Areal befinden sich Sportplätze, Büros und Gebäude anderer Institutionen, die nicht zur Hochschule gehören, so etwa eine Volksschule und ein kleiner Industriebetrieb.

Die organisatorische Gliederung des Instituts umfaßt vier Abteilungen:

- für chinesische Studenten, die Fremdsprachen erlernen, um in China oder für chinesische diplomatische Vertretungen zu arbeiten,
- für chinesische Studenten, die im Ausland ein Fachstudium durchführen werden und sich die notwendigen Sprachkenntnisse erwerben,
- für chinesische Studenten, die später im Ausland chinesische Sprache unterrichten sollen,
- für ausländische Studenten, die im Rahmen eines Sinologie- oder Sprachstudiums hier ihre Chinesischkenntnisse vervollkommen oder die sich die sprachlichen Voraussetzungen schaffen, um anschließend an einer chinesischen Hochschule ein Spezialfach zu studieren.

Der Unterricht erfolgt in kleinen Gruppen zwischen acht und fünfzehn Studenten, die nach einem eingehenden Test gleich zu Beginn ihrer Leistung entsprechend einer Gruppe zugeordnet wurden, wobei sich die Leistungsgruppen vielfach abgestuft von Anfängern bis zu Weitfortgeschrittenen erstrecken.

Der Lehrplan ist auch dementsprechend verschieden. Die unteren und mittleren Niveaus, die nach den beiden in Peking publizierten Lehrbüchern (insgesamt vier Bände) arbeiten, haben jeweils zwei Lehrer, wobei der eine zwei Stunden täglich Grammatik und Idiomatik systematisch einübt und gemeinsam mit dem zweiten Lehrer, ebenfalls zwei Stunden pro Tag, Wort-

schatz, Ausdrucksfähigkeit, Verständnis des gesprochenen Chinesisch, sowie Kenntnisse der Schrift und Phonetik erweitert werden.

Didaktisch wird ein Weg eingeschlagen, der die traditionellen chinesischen Lehrmethoden mit modernen Erkenntnissen des Fremdsprachenunterrichtes verknüpft

- Systematisches Auswendiglernen von Beispielsätzen (grammatikalische Modellsätze)
- Gemeinsames Lesen von Modellsätzen und Texten
- Variation des Wiederholens: gemeinsam im Chor, jeder einzeln, der Lehrer alleine, mit Tonband
- Den Studenten wird viel Gelegenheit gegeben, selbst zu sprechen: eigene Sätze nach den Grammatikbeispielen bilden, Antworten auf Fragen, Nacherzählen der Texte in eigenen Worten.
- Dazu kommen schriftliche Übungen in der Klasse (Diktate) und zu Hause (Sätze bilden, kleine Aufsätze, Bildbeschreibungen, Nacherzählungen, verschiedene Übungen aus dem Lehrbuch).
- Ganz besonderer Wert wird auf das Verständnis des gesprochenen Chinesisch gelegt. Die Lehrer verwenden im Unterricht fast ausschließlich Chinesisch und sprechen es auch in der üblichen Normalgeschwindigkeit, wiederholen allerdings oft und variieren Wortschatz und Satzstellung und versuchen so weit wie möglich mit dem schon erlernten Vokabular auszukommen.

Für die fortgeschrittenen Klassen liegt der Schwerpunkt in der Erweiterung und Verfeinerung des Wortschatzes und der Stilistik und der Erwerbung der Fähigkeit, chinesische Texte zügig zu lesen und normales gesprochenes Chinesisch einwandfrei zu verstehen. Hier arbeitet man mit hektographierten Texten, Wortlisten und Erklärungen, die im Prinzip eine Fortsetzung der vier Bände des Lehrbuches darstellen. Zu diesen zwölf Wochenstunden kommen noch drei Stunden Lektüre eines modernen chinesischen Textes (Erzählung, leichte zeitgenössische Novelle) und drei Stunden klassisches Chinesisch pro Woche, wo kurze hektographierte Texte mit philosophischem, politischem oder historischem Hintergrund ins moderne Chinesisch übersetzt werden und vor allem auch der Einfluß des klassischen Chinesisch auf die moderne Hochsprache behandelt wird.

Eine kleine Gruppe von extrem Fortgeschrittenen beschäftigt sich dann noch mit Zeitungslektüre und den Texten von Theaterstücken und macht praktisch ausschließlich Übungen an Hand chinesischer Originalliteratur.

Jede Klasse hat — unabhängig vom Niveau — dazu noch zwei Stunden pro Woche, die der praktischen Vertiefung des Erlernten dienen sollen. Am Beginn liest man Heftchen mit Kurzgeschichten und versucht anschließend nachzuerzählen, später kommen dann Filmvorführungen, Exkursionen in Betriebe, Volkskommunen und Institutionen, wo dann in kleinen Gruppen Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen und Diskussionen geboten wird.

Zwei Stunden in der Woche sind obligatorischer Sport, wobei die Sportlehrer auch außerhalb dieser Zeit zur Verfügung stehen, und zwei Stunden pro Woche hört man in englischer oder französischer Sprache eine Vorlesung, die sehr allgemein in die Landeskunde einführt und einen Querschnitt aus Geschichte, Geographie, Wirtschaft und politischer Entwicklung bietet.

Insgesamt ergibt sich also eine Anzahl von etwa 30 Wochenstunden für die weniger Fortgeschrittenen und eine solche von 25 für die höheren Klassen, die allerdings auch mehr Zeit für die Vorbereitung von Texten aufwenden müssen.

Unterrichtsfrei sind Sonn- und Feiertage, der Samstag-Nachmittag und ein bis drei weitere Nachmittage pro Woche.

Das Selbststudium und das Wiederholen zu Hause erfordert dementsprechend 2 bis 3 Stunden pro Tag, was immer noch genügend Freizeit für Aktivitäten und persönliche Interessen läßt. Die Studenten hier können über diese Freizeit relativ ungebunden verfügen, viele haben sich ein Fahrrad angeschafft, man erkundet die Umgebung des Instituts, fährt nach Peking, stöbert in Buchläden und trifft sich mit chinesischen und ausländischen Studienkollegen. Die chinesischen Studenten wohnen, je nachdem welche Fremdsprache sie studieren, mit Studenten aus entsprechenden Ländern zusammen, teils im gleichen Zimmer oder aber am gleichen Stockwerk.

Auch das Institut selbst bietet eine Reihe von Aktivitäten an: angefangen von Filmvorführungen, Besuch von kulturellen Veranstaltungen, Ausflügen zu den Sehenswürdigkeiten in und um Peking, bis zur preiswerten Organisation von Reisen während der Semesterferien im Jänner und im August.

Das Spracheninstitut liegt eigentlich inmitten einer kleinen Vorstadtsiedlung, zusammen mit einigen anderen Hochschulen, Wohnblocks, kleinen Industrien und landwirtschaftlichen Betrieben, einem Theater, einer Handelskooperative, kleinen Läden und Gasthäusern. Und noch im November verursachte ein Einkaufsbummel ausländischer Studenten oder ein Besuch beim Friseur oder Fotografen einen Menschaufmarsch, aber jetzt dreht sich kaum noch je-

mand um nach den fremden Gesichtern. Die ausländischen Studenten gehören wieder zum alltäglichen Bild.

Chang Hua, Peking

REFORM DER CHINESISCHEN SCHRIFTSPRACHE

Die Reform des geschriebenen Chinesisch ist ein seit langem gehegter Wunsch des chinesischen Volkes. Sie wurde erst wirklich nach der Begründung des neuen China im Jahre 1949 in Angriff genommen. Die Große Proletarische Kulturrevolution, welche 1966 begann, hat diese Entwicklung sehr beschleunigt.

Diese Reform beschäftigt sich in erster Linie mit der Schriftsprache der Han-Nationalität, welche 94% der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Die in Gebrauch stehenden chinesischen Zeichen machen eine der ältesten Schriftsprachen der Welt aus. Sie haben zur Entwicklung der chinesischen Geschichte einen wichtigen Beitrag geleistet. Allerdings können sie den heutigen Anforderungen nicht entsprechen. Unter den Hindernissen rangiert an erster Stelle, daß die chinesischen Zeichen Strich für Strich gelernt werden müssen, da sie als Bildzeichen entwickelt wurden und auch heute noch mehr eine ideographische denn eine phonographische Schrift darstellen. Viele Zeichen bestehen aus vielen Strichen, in einigen Fällen sind es mehr als 30. Es gibt an die 50.000 Zeichen, von denen etwa 10.000 noch verwendet werden. Von diesen sind wieder die Hälfte Varianten, Zeichen, die im klassischen Stil Verwendung finden, Eigennamen und andere Zeichen, die nicht alltäglich sind. All dies schafft Schwierigkeiten beim Einprägen und Schreiben chinesischer Zeichen sowie beim Identifizieren der Aussprache durch die Form. Dies sind Hemmnisse für die Popularisierung kulturellen und wissenschaftlichen Wissens und für die Modernisierung von Arbeitsvorgängen wie unter anderem Schreibmaschine schreiben und Drucken.

Die Peking Volkszeitung veröffentlichte kürzlich einen von einem in der Landwirtschaft tätigen Kader aus der Provinz Shansi verfaßten Artikel, der sich mit dem Wunsch der Bauern nach Reform der Schriftsprache befaßt. Er führt aus: „Wenn wir bei einer Versammlung Notizen machen, haben wir kaum ein Zeichen fertig bekommen, während der Redner schon weit voran ist.“ Darüber hinaus zählt er Dutzende von Zeichen auf, die im täglichen Gebrauch stehen und von den Bauern „Kopfwehzeichen“ genannt werden. Darunter sind die Zeichen für „Hacke“, welches 28 Striche umfaßt, und für „Sichel“, zu welchem man 21 Striche braucht.

Der Vorsitzende Mao hat bereits 1940 erklärt: „Das geschriebene Chinesisch muß reformiert werden, wenn dazu die Bedingungen vorhanden sind und unsere gesprochene Sprache muß der des Volkes angenähert werden. . . 1951 wies er wieder darauf hin, daß das geschriebene Chinesisch reformiert werden muß und ein phonetisches Alphabet angestrebt werden soll, welches der allgemeinen Linie der Entwicklung der Sprache in der Welt entspricht.“

Das Endziel der Sprachreform ist, eine Schriftsprache zu entwickeln, die auf einem phonetischen Alphabet basiert. Dies wird verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nehmen, da China ein großes und bevölkerungsreiches Land mit vielen Dialekten ist und die Zeichen eine Geschichte von einigen tausend Jahren aufweisen. In der Übergangsperiode sind drei Aufgaben zu erfüllen: die Zeichen müssen vereinfacht werden, damit sie schneller gelernt und verwendet werden können; das gesprochene Standardchinesisch muß popularisiert werden und ein chinesisches phonetisches Alphabet muß als Vorbereitung für die Alphabetisierung des geschriebenen Chinesisch eingeführt werden.

Die Vereinfachung der chinesischen Zeichen umfaßt die Reduktion ihrer Zahl und der Zahl der Striche in komplizierten Zeichen. Seit von der Regierung im Jahre 1956 ein Plan für die Vereinfachung der Zeichen veröffentlicht worden ist, um der Weisheit der Massen zu entsprechen, sind mehr als 2.000 Zeichen durch Reduktion der Striche in der Regel um mehr als 50% vereinfacht worden. Darüber hinaus stehen 1.000 Varianten nicht mehr länger im Gebrauch. Diese Entwicklung hält an.

Tatsächlich beträgt die Zahl der ständig in Gebrauch stehenden Zeichen nicht mehr als einige Tausend. Wie aus Zählungen hervorgeht, die von mehreren Organisationen durchgeführt worden sind, enthält das vierbändige Werk „Ausgewählte Werke Mao Tse-tungs“ mit seinem weiten Spektrum von Themen und seinem reichen Wortschatz über 660.000 Zeichen (einschließlich des einführenden Kommentars), dennoch verwendet es nur 3.000 verschiedene

Zeichen. Daher ist es möglich, unübliche Zeichen auszusondern, von denen viele archaisch sind oder im modernen Chinesisch kaum mehr in Verwendung stehen. Das moderne Chinesisch verfügt über einen reichen Wortschatz und die konstante Hinzufügung neuer Ausdrücke erfordert keine neuen Zeichen. Daher wird von einer Vereinfachung der Zeichen die Ausdruckskraft der Sprache nicht berührt. Natürlich bilden die Wiedergabe antiker klassischer Schriften und andere spezielle Notwendigkeiten eine Ausnahme.

Es ist notwendig, das gesprochene Standardchinesisch zu popularisieren, weil viele verschiedene Dialekte gesprochen werden. Sie differieren vor allem in der Aussprache, während das Vokabular und die Grammatik ungefähr gleich sind. Es muß aber zu einer allgemein gesprochenen Sprache kommen, bevor die Alphabetisierung durchgeführt werden kann. Daher wurde 1955 in China eine Standardsprache eingeführt, welcher die Pekinger Aussprache als Standardaussprache zugrundeliegt sowie der Dialekt, welcher von der Han-Nationalität in Nordchina gesprochen wird. Es wurde auch festgelegt, daß der Unterricht in allen Schulen, ausgenommen jenen für Minoritäten, in Standardchinesisch durchgeführt werden muß und daß auch Rundfunksendungen hauptsächlich in dieser Sprache zu halten sind, ausgenommen jener für Minoritätengebiete. Dies stellt in keiner Weise den Versuch dar, die Dialekte auszulöschen oder zu verbannen. Man geht vielmehr von der Meinung aus, daß jene, welche ihre eigenen Dialekte sprechen, auch die Standardsprache der Han-Nationalität lernen sollen. Man erwartet sich von der Popularisierung der Standardsprache, daß sie eine wichtige Rolle in der Stärkung der nationalen Einheit und der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung spielen wird.

Die Vorlage für das chinesische phonetische Alphabet basiert auf den Lateinbuchstaben und wurde 1958 vom Nationalen Volkskongreß angenommen. Es steht in weitem Umfang in den Volksschulen in Gebrauch und mancherorts auch in Erwachsenenschulen. Es stellt zur Zeit eine Hilfe für Arbeiter und Bauern wie auch für die Kinder dar, das Standardchinesisch sprechen und schreiben zu lernen.

Diese Vorlage hilft auch den Minoritäten, ihre Schriftsprache zu entwickeln oder zu reformieren. Zur Zeit sind ungefähr ein Dutzend von Minoritäten damit beschäftigt. Das chinesische phonetische Alphabet kann auch für die Transliterierung von Orts-, Eigen-, wissenschaftlichen und technischen Namen wie auch bei der Zusammenstellung von Indices, bei der Telegraphie, Flaggensignalen und der Bezeichnung von Industrieprodukten verwendet werden.

Die Vereinfachung der Zeichen und der zu-

nehmende Gebrauch des chinesischen phonetischen Alphabets wird es den Menschen erleichtern, mehr Bildung zu erlangen. Sie werden auch Ausländer in die Lage versetzen, Chinesisch unter geringeren Schwierigkeiten zu lernen und mithilfe, die Freundschaft und den Kulturaustausch mit anderen Ländern zu fördern.

Die Alphabetisierung der Schriftsprache wird nach allgemeinem Urteil ein langwieriger Prozeß sein. Wenn sie schließlich durchgeführt ist, werden die Zeichen noch von Experten und Gelehrten beim Studium alter Texte verwendet werden.

盡 邊 辦		
jìn biān bàn		
尽 边 办		
豐 產	丰 产	
fēngchǎn		

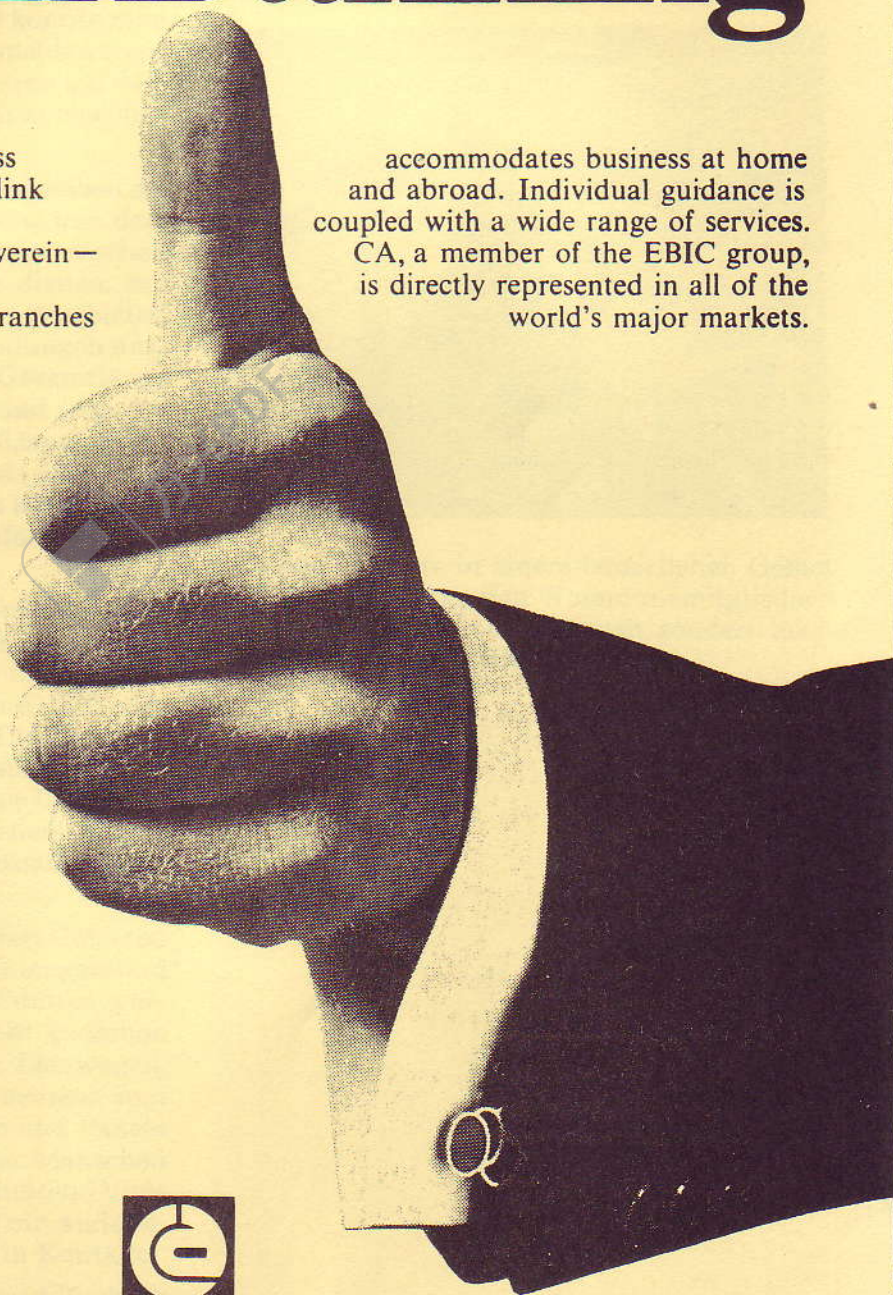
In der ersten Reihe stehen drei komplizierte Zeichen, die häufig gebraucht werden. Sie bedeuten von links nach rechts „beenden“, „neben“ und „machen“. Die zweite Zeile zeigt ihre vereinfachte Schreibweise. Die linken zwei Zeichen in der dritten Reihe bedeuten „reiche Ernte“. Als ein Lehrer in der Provinz Honan seinen Schülern erklärte, daß man das erste Zeichen, „feng“, jetzt durch drei Horizontal- und einem Vertikalstrich darstellen kann, brachen diese in Applaus aus.

Austria's No 1 in Banking

CA is both the gateway to business in Austria and Austria's business link with the world.

CA stands for Creditanstalt-Bankverein—Austria's leading banking group. Its country-wide network of 178 branches

accommodates business at home and abroad. Individual guidance is coupled with a wide range of services. CA, a member of the EBIC group, is directly represented in all of the world's major markets.



CREDITANSTALT-BANKVEREIN
No 1 in Austria

Hua Hsin, Peking

CHINA ENTWICKELT POST- UND FERNMELDEWESEN

China hat im Bereiche seines Post- und Fernmeldewesens, welche sich nun auf das ganze Land erstrecken, große Fortschritte gemacht. Fortschrittliche technische Einrichtungen stehen heute dafür in Gebrauch. Die Zustellzeiten wurden stark verringert und die Kontakte zwischen den urbanen und ländlichen Gebieten verstärkt.

Vor der Befreiung im Jahre 1949 konnte man sich der Dienste des Post- und Fernmeldewesens nur in den Städten erfreuen. Sie waren auf dem Lande und in den von den Minoritäten bewohnten Gebieten kaum vorhanden.

Seit der Gründung des neuen China haben die Post- und Fernmeldearbeiter, geleitet von dem Grundsatz, dem Volk und der sozialistischen Revolution und ihrem Aufbau zu dienen, auf ihre eigene Kraft vertraut und hart gearbeitet, um die Post- und Fernmeldeverbindungen auszuweiten. Ende 1972 betrug die Gesamtlänge der Postwege mehr als sechsmal und jene der Überlandtelefonkabel mehr als 13,5mal mehr als jener vor 1949. Die Zahl der Post- und Fernmeldeämter und ihrer Zweigstellen ist während der letzten 24 Jahre um das siebenfache gesteigert worden.

Die Zahlen für die ländlichen Gebiete und die Minoritätengrenzgebiete sind sogar noch eindrucksvoller. Zur Zeit haben 98% aller Volkskommunen Telefonverbindung und 97% der Produktionsbrigaden Postdienst. Die Zahl der Post- und Fernmeldeämter in den ländlichen Gebieten ist 58mal höher als vor der Befreiung. Nun werden in einigen der ländlichen Gebiete Motorräder verwendet, um die Postzustellung zu beschleunigen.

In den von Minoritäten bewohnten Gebieten der Inneren Mongolei, Sinkiangs, Guangsis und Tibets und der Grenzprovinz von Yunnan werden die Post- und Fernmeldeämter zwischen sieben- und achtzehnmal vermehrt. Lastwagen, Züge, Motorräder und Flugzeuge bringen nun Post in diese Gebiete, wohin Briefe und Pakete vor der Befreiung auf den Rücken von Menschen oder Pferden getragen werden mußten. Viele dünn besiedelte Berggegenden sind mit anderen Orten durch Telefonverbindung in Kontakt.

China hat in der Wissenschaft und Technik der Post- und Fernmeldeverbindungen Fortschritte gemacht. Vor 1949 mußten sogar ganz gewöhnliche Einrichtungen auf diesem Gebiet importiert werden. Heute wird fast alles im Lande entworfen und hergestellt. Fortschrittliche Ausrüstung, welche während der Kulturre-

volution hergestellt worden ist, umfaßt Gerät, das mit Mikrowellen oder Kabelträgern arbeitet, automatische Paketwaagen und Markenentwertungsmaschinen sowie automatische Briefsortiermaschinen.

Der Entwicklung der Beziehungen zu den anderen Staaten folgend, hat nun China direkte Fernmeldeverbindungen mit etwa 40 Staaten und direkte Postverbindungen mit etwa 90 Staaten. Dies stärkt die freundschaftlichen Kontakte zwischen dem chinesischen Volk und den anderen Völkern.



Dieser Postbote in einem bäuerlichen Gebiet in Ostchina bringt den Kommunemitgliedern nicht nur die Post und Zeitungen, sondern auch kleinere landwirtschaftliche Geräte.

Lung Wei-min, Peking

CHINAS ERFOLGE BEI DER BEKÄMPFUNG VON BERUFSKRANKHEITEN

Das Prinzip der Priorität der Vorbeugung hat die Ausrottung solcher Infektionskrankheiten wie Pocken oder Cholera in China unterstützt und hat auch erfolgreich bei der Bekämpfung von Berufskrankheiten Anwendung gefunden. Als Ergebnis sind die Fälle von Silikose, Bleivergiftung und anderen Krankheiten, welche vor der Befreiung große Opfer an Menschenleben forderten, deutlich zurückgegangen.

Große Summen werden jährlich von der Regierung für die Vorbeugung gegen Berufskrankheiten sowie für ihre Behandlung bereitgestellt. Die Regierung hat auch zum Zwecke der Vorbeugung viele Vorschriften erlassen. Forschungsinstitute für Berufskrankheiten wurden von der Zentral- wie auch von den Lokalregierungen gegründet und auch von großen Fabriken, Minen und Hochschulen. Darunter sind das Gesundheitsforschungsinstitut der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, das Forschungsinstitut für Sicherheitsvorkehrungen in der Metallurgie in Wuhan, das Shanghaier Forschungsinstitut für die Verhinderung und die Behandlung von Berufskrankheiten in der chemischen Industrie und die medizinischen Zentren für Berufskrankheiten in Shanghai, Tientsin und Shengyang.

Das Chaoyang-Spital in Peking verfügt über eine Abteilung für Berufskrankheiten mit über 36 Betten. Im Rahmen der regelmäßigen in Fabriken und Minen durchgeführten Untersuchungen waren die medizinischen Mitarbeiter dieses Spitals bei mehr als 100 Stellen tätig und haben seit 1966 mehr als 10.000 Arbeiter untersucht.

Der Silikonstaub stellte vor der Befreiung in den Minen die größte Gesundheitsgefährdung dar. Maßnahmen zu seiner Bekämpfung wurden von der Regierung im Jahre 1956 erlassen. 1957 und 1962 wurden gesamtchinesische Konferenzen über das Problem der Reduzierung des Staubes am Arbeitsplatz abgehalten. Eine Serie technischer Vorkehrungen, welche von der Regierung durchgeführt wurden, ermunterten alle industriellen Abteilungen ihre Bemühungen im Kampf gegen die Silikose zu verstärken. Ventilation, Besprühen und andere Maßnahmen wurden in den Minen angewendet. Staubabsaugmaschinen wurden in Dienst gestellt und die Mineure mit Staubmasken versorgt.

Das bekannte Kailuan-Kohlenbergwerk hat seit 1958 vielfältige Staubschutzmaßnahmen eingeführt. Staubabsaugrohre mit einer Gesamtlänge von 100.000 Metern wurden in dem Bergwerk installiert, das außerdem elf Entlüf-

tungsschächte und 690 mechanische Ventilatoren eingebaut hat. Jeder Kumpel bekommt nun zwischen sechs und neun Kubikmeter frischer Luft pro Minute. Der Staubgehalt der Luft betrug früher pro Kubikmeter bis zu 1.000 Milligramm, als die Mine von Ausländern betrieben wurde. Er ist seit 1958 auf zwei Milligramm pro Kubikmeter gesunken. Seitdem ist nicht ein einziger Fall von Silikose in diesem Bergwerk bekanntgeworden.

Der Staubgehalt in der Quarzpulverfabrik von Soochow ist seit 1959 auf einem Milligramm pro Kubikmeter gehalten worden. In den letzten 15 Jahren ist es dort ebenfalls zu keinem Fall von Silikose gekommen.

Intensive Forschungen wurden auch ange stellt, um die Blei-Quecksilber- und Benzinvergiftungen zu bekämpfen. Arbeiter, die regelmäßig mit Blei zu tun haben, befinden sich in ärztlicher Überwachung. Die Fälle von Bleivergiftung sind stark zurückgegangen. Unter den Pekinger Druckern kommen sie nicht mehr vor.

Viel wurde auch getan, um während der heißen Sommermonate den Hitzschlag zu verhindern. Die Fabriken und Minen haben Arbeitsgänge und Arbeitsbedingungen an Orten mit heißer Temperatur verbessert und die Produktion mechanisiert oder automatisiert. Luftkühlanlagen und Luftbefeuchter wurden installiert, um die Hitze einzudämmen.

Spezielle Ruheräume wurden für jene eingerichtet, welche unter hohen Temperaturen arbeiten und die Arbeiter werden im Frühsommer untersucht. Welche für ungeeignet befunden werden, in heißen Räumen zu arbeiten, bekommen andere Arbeitsplätze. Extraernährungszulagen und kalte gesalzene Getränke werden den unter hohen Temperaturen arbeitenden gewährt. Solche Maßnahmen haben den Hitzschlag in Wuhan, Nanking und Tschungking, jenen Städten, welche als „heiße Öfen“ im Sommer bekannt sind, beseitigt.

Chou Jui, Peking

CHINA VERBESSERT DEN UMWELTSCHUTZ WÄHREND ES INDUSTRIEN AUFBAUT

Die Umweltverschmutzung, welche in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern eine ernste Gesundheitsgefährdung darstellt, wird in China, einem Entwicklungsland, eingedämmt, wo wohldurchdachte Pläne ausgeführt werden, um die industriellen Abfallprodukte im Interesse des Wohlbefindens der Bevölkerung loszuwerden.

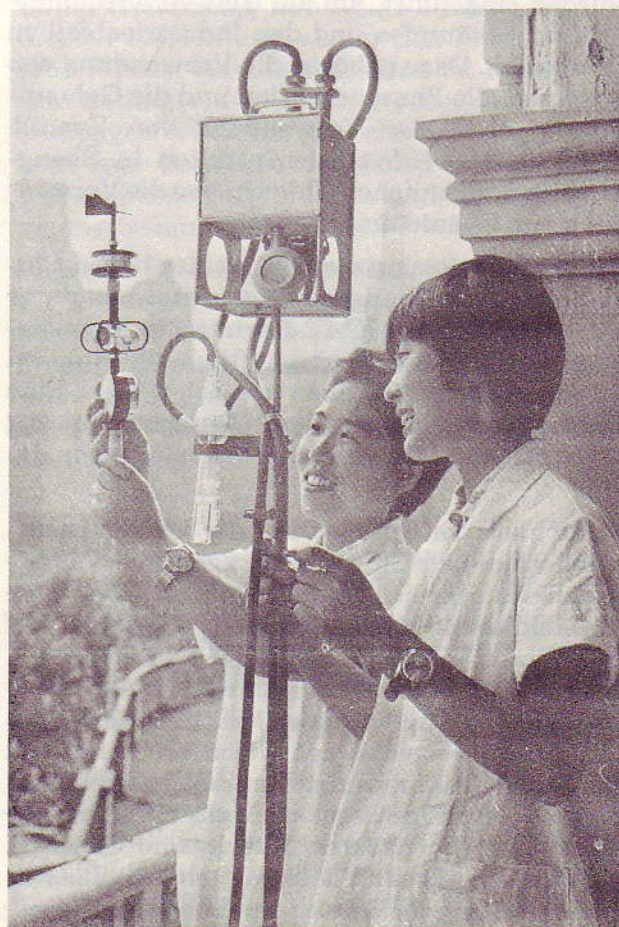
Das Neue China hat seit seiner Begründung im Jahre 1949 große Anstrengungen unternommen, um den Industrieabfall ordentlich zu beseitigen. Während die alte Industrie des Landes reformiert wurde, besserten sich auch die Umweltbedingungen in den alten Städten merklich. Nimmt man etwa Shanghai vor seiner Befreiung als Beispiel, so war damals die Stadtplanung in völliger Unordnung. Viele Fabriken, die mit schlechter Ausrüstung und veralteten Arbeitsmethoden arbeiteten, wurden in Wohngebieten angesiedelt. Sie beseitigten ihren Abfall in sorgloser Weise und vergifteten zum Schaden der Volksgesundheit die Luft und das Wasser. Nach der Befreiung reformierte die Volksregierung diese alten Unternehmungen, welche die Umwelt ernsthaft gefährdeten oder verschmolz sie zu größeren Betrieben, welche außerhalb des eigentlichen Stadtgebietes neu angesiedelt wurden. Mit über 1.000 solcher kleinen Fabriken wurde während des Prozesses der sozialistischen Reform privater Unternehmungen während der Periode des ersten Fünfjahresplans (1953–1957) in dieser Weise verfahren. Während die alten Fabriken reformiert wurden, schuf die Volksregierung neue Industriegebiete unter Einhaltung eines Abstands von Wohnbezirken. Viele Fabriken haben Abfallvernichtungseinrichtungen installiert, die von Zeit zu Zeit überprüft wurden.

Anfang 1950 stellte die Volksregierung Mittel für die Schaffung von mehr als 5.000.000 qm Wohnraum zur Verfügung, um die Baracken in mehr als 300 Slumgebieten Shanghais zu beseitigen. Seit der Befreiung hat die Stadt mehr als 900 km Kanalrohre verlegt, auf 550 ha Bäume gepflanzt, 18 Parks angelegt und 115 Grünflächen entlang der Straßen. Zusätzlich wurden zur Beseitigung der Abwässer noch zwei Hauptkanäle gebaut, welche das Wasser nach erfolgter Klärung in die umliegenden landwirtschaftlichen Gebiete leiten.

Zur gleichen Zeit, in der es die Industrie entwickelt, hat Peking die Stadtplanung in geordneter Weise durchgeführt. Im Laufe der letzten

beiden Dekaden sind mehr als 1.100 km Kanalrohre verlegt und mehr als 1.500 km Straßen gebaut worden. Seen und Wasserläufe wurden ausgebaggert, Gräben und Tümpel ausgefüllt und Fließwasser wurde in alle Wohngebiete geleitet. Allein im Jahre 1958 wurden über 12.000 Tümpel, Sümpfe und Gräben aufgefüllt. Drei neue Parks sind dort entstanden, wo früher viele Senkgruben und verschilfte Teiche gelegen waren, durch und durch verseucht von Fliegen und Moskitos. Mit etwa einer Million Bäumen, die während der letzten Jahre jährlich gepflanzt worden sind, stehen nunmehr auf mehr als 100.000 ha der Stadt Bäume. Der soziale Wohnbau, der insgesamt bereits Wohnraum im Ausmaß von 20 Millionen qm geschaffen hat, konnte die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen verbessern.

Die Korrekturen und Reformen bezüglich der bereits existierenden Industrie in den alten Städten haben die einseitige Konzentration der Industrie in einigen wenigen Küstenstädten verändert, haben zu einer verstärkten Nutzung der natürlichen Rohstoffvorkommen im Hinterland geführt und die ökonomische und kulturelle Entwicklung in den von den nationalen Minderheiten bewohnten und anderen im Inneren gelegenen Gebieten angespornt. Außerdem er-



Überprüfung der Luftqualität in Shanghai

möglicht die bessere Verteilung der Industrie eine bessere Beseitigung des Industrieabfalles und trägt daher zum Umweltschutz bei.

China hat eine die ganze Nation umfassende Kampagne unternommen, um von Abwässern, Abgasen und Abfällen mehrfachen Gebrauch zu machen. Dies dämmt nicht nur die Umweltverschmutzung ein, sondern verwandelt Abfälle in Reichtum. Hunderte von Produkten sind von den Abfällen der metallurgischen, chemischen und Leichtindustrie hergestellt worden. Große Mengen von seltenen Metallen und Rohstoffen für die chemische Industrie und die Leichtindustrie wurden aus dem Industrieabfall in vielen Provinzen und Städten wiedergewonnen. Die Provinz Liaoning, im nordöstlichen China eine wichtige Industriezone dieses Landes, hat während der letzten Jahre mehr als 2.000 Einrichtungen für den Wiedergebrauch in den Fabriken installiert. Sie haben dadurch über 200 Millionen yuan (über 100 Millionen US-Dollar) an seltenen Metallen und Chemikalien eingespart. In Fushun, einem Zentrum des Kohlenbergbaues, wurden zwischen 1969 und 1971 320 solcher Anlagen zur Wiedergewinnung von 330 Produkten errichtet. Allein in Peking wurden im Jahre 1972 180 Anti-Umweltverschmutzungsprojekte durchgeführt.

Neue Techniken und technologische Prozesse wurden eingeführt, um die Umweltverschmutzung zu bekämpfen und den Industrieabfall zu verwenden. Dazu gehören die Verwendung von Enzymen, die Phasenreaktion und die Galvanisierung ohne der Verwendung von Zyanid. Mehr als 100 Galvanisierungsanstalten in Shengyang im nordöstlichen China haben die Verwendung von Zyanid eingestellt.

Auf Umweltschutz wurde im ländlichen China vor der Befreiung nicht geachtet, als unter dem reaktionären KMT-Regime die Naturkatastrophen die landwirtschaftliche Produktion behinderten und Seuchen um sich griffen. Eine starke Trockenheit oder Überschwemmung raffte oft eine Million Menschen oder mehr dahin.

Auf Basis der Entwicklung der sozialistischen Revolution hat China großangelegte Wasserspeicherungsprojekte durchgeführt und eine Konsolidierung der kollektiven Wirtschaft auf dem Lande erwirkt. Die riesigen Projekte, um den Huai und Haiho sowie den Gelben Fluß sowie andere größere Wasserläufe zu zähmen, haben die Menschen an den Ufern von der Geisel der Flut befreit. Zur gleichen Zeit hat eine landesweite Aufforstungskampagne Wälder zur Bedeckung von nackten Hügeln und Oasen in die Wüsten gebracht. Dies hat geholfen das Klima zu verbessern, Wasser und Boden zu konservieren und bewirkte bessere Anbaubedingungen sowie eine malerische natürliche Umgebung.

In Reaktionen auf den Aufruf des Vorsitzenden Mao Tse-tung, die Gebräuche und Gewohnheiten zu ändern und das Land zu reformieren, haben die Leute im ganzen Land Gesundheitskampagnen gestartet. Dies hat zur eindeutigen Verbesserung der Umwelthygiene in Stadt und Land sowie der Volksgesundheit geführt. Pokken, Beulenpest, Cholera, Schwarzes Fieber und andere Krankheiten, welche früher Verheerungen anrichteten, sind praktisch ausgerottet worden. Große Erfolge sind bei der Bekämpfung der Schistosomiasis, des Schneckenfiebers, erzielt worden. Ende 1972 sind die Schnecken, welche den Zwischenwirt bilden, im Bereiche von mehr als sechs Millionen qkm ausgerottet und an die 5,9 Millionen Schistosomiasis-Patienten geheilt worden. Das Auftreten einiger häufiger Krankheiten ist stark zurückgegangen. Die Arbeitsversicherung erfaßt alle Arbeiter in den Fabriken und anderen staatlichen Unternehmungen. Über 70% der Produktionsbrigaden der Kommunen stellen ihren Mitgliedern gesundheitliche Versorgung zur Verfügung. Die Volksgesundheit hat sich merklich verbessert und die jährliche Todesrate fiel von 18 auf 1.000 der frühen Jahre nach der Befreiung auf 7,6 auf 1.000 im Jahre 1972.

Die Arbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes in China beweist, daß das sozialistische System eine entscheidende Rolle spielt. Unter dem sozialistischen System in China entsprechen die Interessen des Staates den Interessen der Bevölkerung. Dies ermöglicht es dem Lande, die Wirtschaft geordnet zu entwickeln, während gleichzeitig die Umweltverschmutzung bekämpft und verhindert wird. Das industrielle Nationalprodukt Chinas hat sich während der letzten zwei Dekaden stark erhöht, aber die Lebensbedingungen im Lande haben sich nicht durch Umweltverschmutzung verschlechtert, sondern durch ihre Bekämpfung verbessert.

Chronik der österreichisch-chinesischen Beziehungen

Fakten und Daten

27. Oktober 1973

Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet über eine Rede Bundeskanzlers Kreisky, gehalten anlässlich des österreichischen Staatsfeiertages, wie folgt

Austria must have national defence, Austrian chancellor stresses.

Vienna, October 27, 1973 (Hsinhua) — Addressing a rally of the national day celebrations here yesterday, Austrian chancellor Bruno Kreisky emphasised that Austria must have its national defence.

Chancellor Kreisky presided over the rally and made a speech. He talked about the meaning of national defence. He said, first it should be made clear that in spite of the immense technological development, national defence still has a meaning. The national defence of a state like Austria has its meaning.

He went on to say: „Our national defence in special case also has the task, in days when unrest and insecurity regrettably occurred in the neighbourhood of Austria, to guard the republic, even it was not directly afflicted, against the developments that could happen near us.“ He stressed that Austria's preparedness of national defence was a correlate with its policy of neutrality.

At the end of his speech he said that the Austrian federal his speech he said that the Austrian federal government „will strive for the embodiment of the principle of national defence in our federal constitution“.

5. November 1973

Hsinhua zitiert aus einem Artikel der „Salzburger Nachrichten“ vom 3. d. M.:

Vienna, November 5, 1973 (Hsinhua) — The Soviet Union is intensifying its arms expansion in Europe with the spearhead of its strategic offensive mainly directed against the west, says Austrian paper „Salzburger Nachrichten“ in a commentary on November 3 on the central Europe troop reduction conference.

„The Soviet Union considers the plan (for troop reduction in central Europe) mainly as a possibility of extending its hegemony in this continent“. continent.“ It „is intensifying its arms expansion“ and „has continuously been increasing the effectiveness of its troops,“ the commentary adds

While the Soviet troop strength against China has been reinforced, in notes, „its forces in the European position have not been weakened. Its troop deployment shows that the spearhead of its strategic offensive is still directed mainly against the west“.

At present the Soviet navy is aimed especially at Nato, the article says. In the last ten years it has expanded notably both in quality and quantity. Two thirds of the Soviet army and air force are stationed west of the Urals. The Soviet Union is threatening Europe with most of its medium-range missiles.

„Before finding an answer to the question why it should reduce its arms, the west should ask itself why does the east expand its forces.“

8. November 1973

Über seine Eindrücke als Leiter einer Delegation des ÖCF in die Volksrepublik China berichtet unter dem Thema „Ein Volk sucht seinen Weg“ Vizekanzler a. D. Dr. Hermann Withalm.

13. November 1973

Anlässlich des Abtransportes der Exponate für die Österreichische Industrierausstellung, die vom 29. März bis 11. April in Peking stattfinden wird, gibt der Präsident der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer Rudolf Sallinger im China-Restaurant Lotus eine Pressekonferenz. Ziel der Ausstellung, an der sich 74 österreichische Firmen beteiligen werden ist nach Präsident Sallinger, die Industrieerzeugnisse der einschlägigen Wirtschaft den chinesischen Technikern aus Betrieben möglichst der gesamten Volksrepublik fortzuführen und zur Bedarfsanregung bekanntzumachen.

An der Pressekonferenz, auf der etwa 20 führende österreichische Zeitungen vertreten sind, nehmen neben Generalsekretär Dr. Arthur Mussil und weiteren Vertretern der Bundeswirtschaftskammer ÖCF-Generalsekretär Dr. Kaminski und von chinesischer Seite Handelsrat Chen und Handelssekretär Hsu teil.

29. November 1973

Das ÖCF beginnt einen Vortragszyklus über die Geographie Chinas. Konsul Dr. Franz Madl, Stv. Vorsitzender des ÖCF, Lehrbeauftragter an der Universität Wien, liest an sechs Abenden über physische Geographie, Human- und Wirtschaftsgeographie.

3. Dezember 1973

Auf einem vom ÖCF veranstalteten Vortragsabend im Palais Palfy referiert Uwe G. Fabritzek, Referent an der Stiftung für Wissenschaft und Politik München, unter dem Thema „Politik zwischen den ‚Supermächten‘?“ über europäische China- und chinesische Europapolitik seit 1949.

6. Dezember 1973

In Eisenstadt wird vom ÖCF in Zusammenarbeit mit dem Europahaus eine China-Woche eröffnet. Der Vorsitzende des ÖCF, Vizekanzler a. D. DDr. Bruno Pittermann, informiert in einem Vortrag über die Situation des gegenwärtigen China. Zur gleichen Thematik findet unter der Leitung von Dr. Kaminski ein round table-Gespräch statt, an dem sich Frau Staatssekretär Elfriede Karl, Vizepräsident Dr. Eduard Mayer, Landespartei sekretär Herbert Tieber und ÖAAB-Generalsakretär-Stv. Josef Klemen beteiligen.

Eine Foto- und Scherenschnittausstellung über China unterstreicht diese Informationen. Höhepunkt und Abschluß der Woche bildet ein Tischtennisfreundschaftstreffen österreichischer Politiker beziehungsweise burgenländischer Tischtennismeister mit Vertretern der chinesischen Botschaft in Wien.

Die China-Woche in chinesischen Agenturmeldungen:

„China-Week“ Held in Eisenstadt, Austria

Vienna, Dezember 14, 1973 (Hsinhua) — A „China-week“ jointly sponsored by the Austrian research institute on China (aric) and the Europe-house of Burgenland was held in Eisenstadt, state capital of Burgenland, from December 6 to 13.

Among those attending the opening ceremony were former vice-chancellor of Austria and chairman of the Aric Bruno Pittermann, state chief of Burgenland Theodor Kery, and mayor of Eisenstadt Hans Tinhof. Chinese ambassador Wang Yueh-yi was also present.

Pittermann and Wang Yueh-yi spoke at the ceremony. They expressed the conviction that the organising of the „China-week“ would help promote mutual understanding between the Austrian and the Chinese peoples and the hope that the friendly relations between the two peoples would develop continuously.

A friendly table-tennis match between the Burgenland team and members of the Chinese embassy was held last night.

Pictures and papercuts cuts reflecting the achievements of the socialist construction in China and Chinese traditional art were exhibited during the „China-week“.

2. Jänner 1974

Die chinesische Nachrichtenagentur berichtet über einen Artikel in der Zeitschrift „Rote Garde“ folgendermaßen:

Vienna, January 2, 1974 (Hsinhua) — An article exposing the Soviet Union for exploiting India economically and gaining control of that country by means of „aid“ was carried in the la-

test issue of „Rote Garde“, the journal for youth published by the Austrian Revolutionary Workers' Association (Marxist-Leninists).

The article entitled „The New Tsars' Economic Plunder of India“ notes that „Russia has in its hands 85 per cent of India's machine-building industry, 60 per cent of its electrical apparatus industry, 35 per cent of its oilprocessing industry, 38 per cent of its steel production and 20 per cent of its electric power. Russian ‚advisers‘ have the exclusive control of the construction and the supply of machines and spare-parts in the plants built with Russian help. Their disposition goes as far as the management of these plants. Thus Russia could not only force old machines and obsolete technology upon India but make these plants entirely dependent on Russia for spare-parts.“

The article says, „Russia's ‚economic aid‘ is nothing but large-scale export of capital aimed at looting India.“ It points out, „India is already indebted to such an extent that to discharge its old loans at compound interest it must pay Russia annually one forth more than the new credits it obtains in the same year. Since Russia insists on the redemption of loans in due time and pays no heed to the economic difficulties of the debtor state. India must continuously incur new debts so as to be able to pay the old ones. Thus it is involved in ever more debt and becomes ever more dependent upon Russia.“

The article continues, „The Russian credits are namely goods credits and Russia demands thereby far excessive prices for its goods, the payment of credits, interest on them as well as the Russian military assistance is made in the form of Indian goods, which again must be priced below the world market prices.“

The article concludes that wherever there is exploitation and oppression, there is resistance. The people of the world „will recognize the rulers in the Kremlin as they are: as aggressive imperialists exclamation“.

22. Jänner 1974

Aus Anlaß des chinesischen Mondneujahres veranstaltet das ÖCF am Vorabend ein Fest, auf dem neben einem Kulturprogramm ein chinesischer Farbfilm über weltberühmte Nummern chinesischer Akrobaten gezeigt wird. Das Kulturprogramm erhält seine besondere Note durch das Auftreten der chinesischen Pianistin Wang Gi-in und vor allem auch durch die vom chinesischen Botschafter in Wien, Wang Yueh-yi und Diplomaten der chinesischen Botschaft kalligraphierten Freundschaftsgrüße, die dem Publikum übergeben werden.

Unter den rund 400 Gästen des Festes, das von Vizekanzler a. D. DDr. Pittermann eröffnet wird, befinden sich neben den genannten Diplomaten und weiteren Vertretern des diplomati-

schen Korps auch der 2. Nationalratspräsident und Ehrenpräsident des ÖCF Dr. Alfred Maleta, Verteidigungsminister Lütgendorf, Frau Staatssekretär Karl, Landeshauptmann-Stv. Dr. Salcher, Vizekanzler a. D. Dr. Withalm und zahlreiche Abgeordnete zum Nationalrat.



Für die nächsten Nummern des „China-Report“ werden Inserate entgegengenommen.

Das „Österreichische China-Forschungsinstitut“ kann infolge der Beteiligung prominenter Politiker beider großen österreichischen Parteien sowie der Teilnahme von Angehörigen der Interessensvertretungen und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft auf eine breite gesamtösterreichische Basis hinweisen.

Im Rahmen seiner Bestrebungen, das Studium des gegenwärtigen Chinas zu fördern, ermöglicht das Institut das Erscheinen des „China-Report“. Die in dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser und sind dem Institut nicht zuzurechnen, da dieses insbesondere zu politischen Problemen keine eigene Stellungnahme bezieht.

* Das „Österreichische China-Forschungsinstitut“ hat sich als Verein konstituiert. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in: ordentliche, fördernde, korrespondierende Mitglieder (ausländische juristische oder physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts), außerordentliche Mitglieder (österreichische physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts). Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschrift, die sonstigen Publikationen des Vereins zu Selbstkosten. Sie können Einrichtungen des Vereins, wie etwa die Bibliothek, Archiv oder Statistiken nach Maßgabe der räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten kostenlos benützen.

BEITRITTSERKLÄRUNG

* Ich erkläre meinen Beitritt zum „Österreichischen China-Forschungsinstitut“ als ordentliches (Jahresbeitrag ö. S. 500,-), förderndes (Jahresbeitrag ö. S. 5000,- oder Leistung eines einmaligen Beitrages, der dem 100 fachen des Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes entspricht. Juristische Personen können nur als fördernde Mitglieder beitreten. Wissenschaftliche Institutionen können bereits durch Bezahlung des doppelten Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes als fördernde Mitglieder aufgenommen werden), korrespondierendes (ausländische physische – ö. S. 500,- – oder juristische Personen – ö. S. 5000,- – ausländische wissenschaftliche Institutionen – ö. S. 1000,-), außerordentliches Mitglied (inländische physische Personen – ö. S. 200,-).

Meinen Beitrag von ö. S. werde ich jährlich bis zum 30. 6. auf das Konto „Österreichisches China-Forschungsinstitut“ Giro 00-66276-7, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG., Seitzergasse 2-4, 1010 Wien, einzahlen.

Datum _____ Name, Adresse _____

Unterschrift

Bitte ausschneiden und zusenden an:
Österreichisches China-Forschungsinstitut 1010 Wien, Tuchlauben 8, Tel. 63 04 76



Ich bestelle ein Jahresabonnement der Zeitschrift „China-Report“ zum Preis von ö. S. 200 (6 Nummern)

Datum _____ Name, Adresse _____

Unterschrift





Elektroausrüstungen für den Weltmarkt

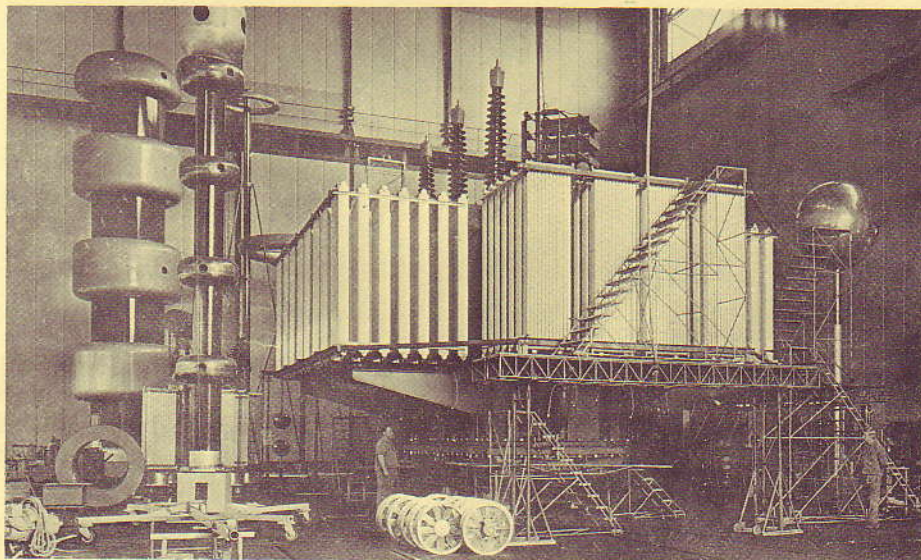
Unter den am Weltmarkt gesuchten Investitionsgütern nehmen Elektroerzeugnisse einen besonders wichtigen Platz ein. In dem Maße wie der Wohlstand steigt, steigt auch der Bedarf an elektrischer Energie. Da uns diese umweltfreundliche Energieform aber nicht in den Schoß fällt, muß sie erzeugt, d. h. aus anderen Energien umgewandelt werden. Die ELIN-UNION hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch in kommenden Jahren und Jahrzehnten Maschinen und Anlagen zu bauen, die der Erzeugung, Verteilung und Anwendung elektrischer Energie dienen.

Vor rund 50 Jahren begann die ELIN-UNION mit dem Ausbau ihrer Exportaktivitäten. Heute sorgen 75 freie Vertreter, 10 Beteiligungsgesellschaften sowie eine Anzahl Resident Engineers für Kontaktpflege und Akquisition in fast hundert Ländern aller Kontinente. Ende 1972 beschäftigte der ELIN-Konzern 8.900 Mitarbeiter bei einem konsolidierten Konzernumsatz von 3,7 Mrd. Schilling. Damit stellt die ELIN-UNION zwar keinen Industriegiganten dar, ist aber dennoch aufgrund weltweiter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein anerkannter guter Partner bei elektrischen Energieprojekten.

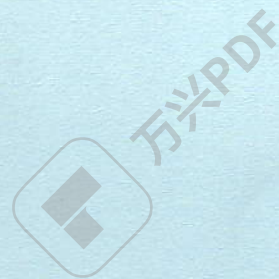


ELIN-Zentrale, Wien 14, Penzinger Straße 76. Sitz der Gesellschaft und aller Zentralstellen. Wichtiger Treffpunkt von Energieexperten aus allen Teilen der Welt.

Blocktransformator in Spezialausführung für subtropisches Klima im Hochspannungsprüffeld der ELIN-UNION, Werk Weiz in der Steiermark. Bestimmungsort ist die Antillen-Insel Puerto Rico, die Leistung beträgt 570 MVA.



ELIN – ein guter Partner für elektrische Energietechnik



Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältigung:
Österreichisches China-Forschungsinstitut
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Gerd Kaminski
Alle: 1010 Wien, Tuchlauben 8, 1.Stock, Tel.: 63 04 76